Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/3180

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
I/3 — 45103 — 2035/68 III

Bonn, den 23. Juli 1968

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 19. Juli 1966 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik über die Auslieferung und die Rechtshilfe in Strafsachen

mit Begründung, den Wortlaut des Vertrages und ein Zusatzprotokoll in deutscher, arabischer und französischer Sprache sowie eine Denkschrift (Anlage 1). Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend sind die Bundesminister der Justiz und des Auswärtigen.

Der Bundesrat hat in seiner 319. Sitzung am 9. Februar 1968 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes zu dem Entwurf Stellung genommen und beschlossen, die Eingangsworte wie folgt zu fassen:

„Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:"

Begründung

Die Zustimmungsbedürftigkeit ergibt sich daraus, daß sich in dem Vertrag Vorschriften befinden, die unmittelbar das von den Justizbehörden der Länder anzuwendende Verwaltungsverfahren im Sinne von Artikel 84 Abs. 1 GG regeln. Dies gilt z. B. für Artikel 25 Abs. 3, Artikel 28, Artikel 30 Abs. 2, Artikel 33 Abs. 2 und Artikel 34.

Im übrigen hat der Bundesrat gegen den Entwurf keine Einwendungen erhoben.

Die Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Änderungsvorschlag des Bundesrates ist in der Anlage 2 dargelegt.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Brandt

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Posttach 821
Telefon 6 35 51

Anlage 1

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 19. Juli 1966 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik über die Auslieferung und die Rechtshilfe in Strafsachen

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 19. Juli 1966 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik über die Auslieferung und die Rechtshilfe in Strafsachen nebst Zusatzprotokoll wird zugestimmt. Der Vertrag und das Zusatzprotokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Im Falle des Artikels 31 Abs. 2 des Vertrages erläßt den Haftbefehl der Richter, der die Untersuchungshandlung vornehmen soll, oder das Gericht, das mit der Sache befaßt ist. Im vorbereitenden Verfahren ist auch der Amtsrichter zuständig, in dessen Bezirk die Staatsanwaltschaft ihren Sitz hat.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme des Artikels 2 am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Artikel 2 tritt zusammen mit dem Vertrag in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 45 Abs. 2 und das Zusatzprotokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Der Vertrag über die Auslieferung und die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik und das Zusatzprotokoll bedürfen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen. Der Vertrag enthält das Deutsche Auslieferungsgesetz ergänzende und abändernde Vorschriften.

Zu Artikel 2

Artikel 31 Abs. 2 des Vertrages verpflichtet denjenigen Staat, der um die Überstellung einer im Ausland in Haft befindlichen Person ersucht, die in einer Strafsache als Zeuge vernommen werden soll, diese für die Dauer ihres Aufenthalts in seinem Hoheitsgebiet in Haft zu halten.

Nach Artikel 104 Abs. 2 des Grundgesetzes bedarf es für die Dauer der Freiheitsentziehung im Bundesgebiet eines richterlichen Haftbefehls. Zweckmäßigerweise wird der Haftbefehl von dem Gericht zu erlassen sein, von dem der Zeuge vernommen werden soll. Dieses Gericht kennt den Sachverhalt am besten. Es hat vor der Stellung des Ersuchens um Zuführung des Häftlings die Notwendigkeit seiner Vernehmung als Zeugen im Inland unter Berücksichtigung der Tatsache, daß er sich im Ausland in Haft befindet, geprüft. Auch kann es am ehesten entscheiden, wann der Zeuge zurückzubefördern ist. Aber auch in den Fällen, in denen der Häftling im staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren als Zeuge vernommen oder als Zeuge einer anderen Person gegenübergestellt werden soll, ist ebenfalls ein Richter einzuschalten. Um jede Zuständigkeitslücke auszuschließen, bestimmt Artikel 2, daß neben dem mit der Sache befaßten Gericht in jedem Fall auch derjenige Richter, der die Untersuchungshandlung vornehmen soll, zum Erlaß des Haftbefehls zuständig ist. Der um Vornahme einer Untersuchungshandlung ersuchte Richter eines grenznahen Amtsgerichts ist nach Inkrafttreten des Artikels 2 nicht berechtigt, den Antrag auf Erlaß eines Haftbefehls mit der Begründung abzulehnen, daß der Zeuge sich in dem Zeitpunkt des Erlasses des Haftbefehls noch nicht in seinem Bezirk befindet. Zuständig zum Erlaß des Haftbefehls ist im vorbereitenden Verfahren außerdem immer der Amtsrichter, in dessen Bezirk die Staatsanwaltschaft ihren Sitz hat.

Zu Artikel 3

Der Vertrag soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes. Dabei wird zum Ausdruck gebracht, daß die Vorschriften des Artikels 2 zusammen mit dem Vertrag in Kraft treten.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 45 Abs. 2 und das Zusatzprotokoll in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit zusätzlichen Kosten belastet.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik über die Auslieferung und die Rechtshilfe in Strafsachen

Traité
entre la République Fédérale d'Allemagne et la République Tunisienne sur l'extradition et l'entraide judiciaire en matière pénale

اتفاقية
بين الجمهورية الفيديرالية الالمانية
والجمهورية التونسية

DER PRÄSIDENT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DER PRÄSIDENT DER TUNESISCHEN REPUBLIK,

VON DEM WUNSCHE GELEITET, die zwischen beiden Staaten bestehenden engen Beziehungen aufrechtzuerhalten und zu verstärken und insbesondere den Verkehr zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiete der Auslieferung und der Rechtshilfe in Strafsachen zu regeln,

SIND ÜBEREINGEKOMMEN, einen Vertrag zu schließen, und haben hierfür zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland

Herrn Dr. Gerhard Schröder, Bundesminister des Auswärtigen;

Der Präsident der Tunesischen Republik

Herrn Habib Bourguiba junior, Minister des Auswärtigen.

Die Bevollmächtigten haben nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart:

TEIL I

Auslieferung

Artikel 1

Auslieferungsverpflichtung

Die Vertragsparteien verpflichten sich, gemäß den nachstehenden Vorschriften und Bedingungen einander die Personen auszuliefern, die von den Justizbehörden des ersuchenden Staates wegen einer strafbaren Handlung verfolgt oder zur Vollstreckung einer Strafe oder einer Maßregel der Sicherung und Besserung gesucht werden.

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE,

et

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE TUNISIENNE,

DÉSIREUX de maintenir et de resserrer les liens qui unissent leurs deux pays, et notamment de régler les rapports entre les deux pays dans le domaine de l'extradition et de l'entraide judiciaire en matière pénale,

SONT CONVENUS de conclure un Traité et ont désigné à cet effet comme leurs Plénipotentiaires:

Le Président de la République Fédérale d'Allemagne

Monsieur Gerhard Schröder, Ministre fédéral des Affaires étrangères;

Le Président de la République Tunisienne

Monsieur Habib Bourguiba junior, Secrétaire d'Etat aux Affaires étrangères.

Les Plénipotentiaires, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme, sont convenus des dispositions qui suivent:

TITRE I

L'extradition

Article 1

Obligation d'extrader

Les Parties Contractantes s'engagent à se livrer réciproquement, selon les règles et sous les conditions déterminées par les articles suivants, les individus qui sont poursuivis pour une infraction ou recherchés aux fins d'exécution d'une peine ou d'une mesure de sûreté par les autorités judiciaires de l'Etat requérant.

تتعلق بتسليم المجرمين والتعاون القضائي في المادة الجزائية

ان رئيس الجمهورية الفيديرالية الالمانية

ورئيس الجمهورية التونسيـــــــة

رغبة منهما في المحافظة على العلاقات التي تربط بين بلديهما وتوثيق عراهافي ميدان تسليم المجرمين والتعاون القضائي في المادة الجزائية اتفقا على ابرام اتفاقية وعينـــا لهذه الغاية مندوبيهما المفوضين الآتيين :

عن رئيس الجمهورية الفيديرالية الالمانية

السيد : جيرهارد شريدير الوزير الفيديرالي للشؤون الخارجية

وعن رئيس الجمهورية التونسية

السيد : الحبيب بورقيبة الابن كاتب الدولة للشؤون الخارجية

اللذين بعد ان تبادلا وثائق تفويضهما التام وتبينا صحتها ومطابقتها للاوصول القانونية اتفقا على ما ياتي :

العنوان الاول

في تسليــــــم المجرميـــــــن

الفصـــل 1 : الالتزام بتسليم المجرمين :

يلتزم الطرفان المتعاقدان بان يسلم احدهما للاخر طبقا للقواعد والشروط المقررة بالفصول التالية كل شخص موضوع تتبع من اجل جريمة اوموضوع تفتيش لتنفيذ عقاب او وسيلة وقائية عليه من قبل السلط العدلية بالدولة الطالبة .

Artikel 2

Auslieferungsfähige strafbare Handlungen

(1) Ausgeliefert wird wegen Handlungen, die sowohl nach dem Recht des ersuchenden als auch nach dem des ersuchten Staates mit einer Freiheitsstrafe oder mit einer die Freiheit entziehenden Maßregel der Sicherung und Besserung im Höchstmaß von mindestens einem Jahr oder mit einer schwereren Strafe bedroht sind. Ist im Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates eine Verurteilung zu einer Strafe erfolgt oder eine Maßregel der Sicherung und Besserung angeordnet worden, so muß deren Maß mindestens vier Monate betragen.

(2) Betrifft das Auslieferungsersuchen verschiedene Handlungen, von denen jede sowohl nach dem Recht des ersuchenden als auch nach dem des ersuchten Staates mit einer Freiheitsstrafe oder mit einer die Freiheit entziehenden Maßregel der Sicherung und Besserung bedroht ist, einige aber die Bedingung hinsichtlich des Strafmaßes nicht erfüllen, so ist der ersuchte Staat berechtigt, die Auslieferung auch wegen dieser Handlungen zu bewilligen.

Article 2

Faits donnant lieu à extradition

1. Donneront lieu à extradition les faits punis par les lois de l'Etat requérant et de l'Etat requis d'une peine privative de liberté ou d'une mesure de sûreté privative de liberté d'un maximum d'au moins un an ou d'une peine plus sévère. Lorsqu'une condamnation à une peine est intervenue ou qu'une mesure de sûreté a été infligée sur le territoire de l'Etat requérant, la sanction prononcée devra être d'une durée d'au moins quatre mois.

2. Si la demande d'extradition vise plusieurs faits distincts punis chacun par la loi de l'Etat requérant et de l'Etat requis d'une peine privative de liberté ou d'une mesure de sûreté privative de liberté, mais dont certains ne remplissent pas la condition relative au taux de la peine, l'Etat requis aura la faculté d'accorder également l'extradition pour ces derniers.

Artikel 3

Politische strafbare Handlungen

(1) Die Auslieferung wird nicht bewilligt, wenn der ersuchte Staat die strafbare Handlung, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, als eine politische oder als eine mit einer solchen zusammenhängende strafbare Handlung ansieht.

(2) Das gleiche gilt, wenn der ersuchte Staat ernstliche Gründe hat anzunehmen, daß das Auslieferungsersuchen wegen einer nach gemeinem Recht strafbaren Handlung gestellt worden ist, um eine Person aus rassischen, religiösen, nationalen oder auf politischen Anschauungen beruhenden Erwägungen zu verfolgen oder zu bestrafen, oder daß diese der Gefahr einer Erschwerung ihrer Lage aus einem dieser Gründe ausgesetzt wäre.

(3) Im Rahmen dieses Vertrags wird der Angriff auf das Leben eines Staatsoberhaupts, eines Mitglieds seiner Familie oder eines Mitglieds der Regierung eines der Vertragsstaaten nicht als politische strafbare Handlung angesehen.

Article 3

Infractions politiques

1. L'extradition ne sera pas accordée si l'infraction pour laquelle elle est demandée est considérée par l'Etat requis comme une infraction politique ou comme une infraction connexe à une telle infraction.

2. La même règle s'appliquera si l'Etat requis a des raisons sérieuses de croire que la demande d'extradition motivée par une infraction de droit commun a été présentée aux fins de poursuivre ou de punir un individu pour des considérations de race, de religion, de nationalité ou d'opinions politiques ou que la situation de cet individu risque d'être aggravée pour l'une ou l'autre de ces raisons.

3. Pour l'application du présent Traité, l'attentat à la vie d'un Chef d'Etat, d'un membre de sa famille ou d'un membre du Gouvernement de l'une des Parties Contractantes ne sera pas considéré comme infraction politique.

Artikel 4

Militärische strafbare Handlungen

Die Auslieferung wird nicht bewilligt, wenn die strafbare Handlung, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, ausschließlich in der Verletzung militärischer Pflichten besteht.

Article 4

Infractions militaires

L'extradition ne sera pas accordée si l'infraction pour laquelle elle est demandée consiste uniquement dans la violation d'obligations militaires.

الفصل 2 : الوقائع التي ينجر عنها التسليم :

1 — تمكن من طلب التسليم الجرائم المعاقب عنها حسب قوانين الدولة الطالبة والدولة المطلوب منها بعقاب اوبوسيلة وقائية سالبين للحريـة اقصى كل منهما سنة على الاقل اوبعقاب اشد . وحينما يصدر الحكم بالعقاب اوتتخذ الوسيلة الوقائية بتراب الدولة الطالبة ينبغي عندئذ ان تكـون مدتها اربعة اشهر على الاقل .

2 — اذا كان طلب التسليم يتعلق بعدة جرائم مختلفة وكل واحدة منها يعاقب عنها قانون الدولة الطالبة والدولة المطلوب منها بعقاب اوبوسيلة وقائية سالبين للحرية وكان بعض هذه الجرائم لم يتوفر فيها الشرط الخاص بمدة العقاب فان الدولة المطلوب منها مخيرة في التسليم من اجل الجرائـم المذكورة .

الفصل 3 : الجرائم السياسية :

1 — لا يقع التسليم اذا كانت الدولة المطلوب منها تعتبر الجريمـة المطلوب من اجلها التسليم جريمة سياسية اوجريمة مرتبطة بها .

2 — وتنطبق هذه القاعدة اذا كانت الدولة المطلوب منها التسليـم تعتقد لاسباب جدية ان الطلب تدم استنادا الى جريمة من جرائم الحق العام حتى يمكن تتبع الشخص اوعقابه من اجل اعتبارات عنصرية اودينيـة اوتتعلق بالجنسية اوافكار سياسية اولان وضعية هذا الشخص مستهدفة لخطر التشديد عليه من اجل احد ى هذه الاعتبارات .

3 — لتطبيق هذه الاتفاقية لا يعتبر من قبيل الجرائم السياسية الاعتداء على حياة رئيس الدولة اوعلى احد افراد عائلته اوعلى احد افراد الحكومة في احد ى الدولتين المتعاقدتين .

الفصل 4 — الجرائم العسكرية :

لا يقع التسليم اذا كانت الجريمة المطلوب من اجلها تتعلق بالاخلال بواجبات عسكرية .

Artikel 5

Fiskalische strafbare Handlungen

In Abgaben-, Steuer-, Zoll- und Devisenstrafsachen wird die Auslieferung nach Maßgabe dieses Vertrags bewilligt, soweit dies durch einfachen Briefwechsel für einzelne besonders bezeichnete strafbare Handlungen oder Gruppen von solchen vereinbart worden ist.

Artikel 6

Nicht-Auslieferung eigener Staatsangehöriger

(1) Die Vertragsparteien liefern die Personen nicht aus, deren Auslieferung auf Grund ihrer Verfassungen untersagt ist.

(2) Liefert der ersuchte Staat eine in Absatz 1 bezeichnete Person nicht aus, so unterbreitet er auf Begehren des ersuchenden Staates die Angelegenheit den zuständigen Behörden, damit gegebenenfalls eine gerichtliche Verfolgung durchgeführt werden kann. Zu diesem Zweck werden die auf die strafbare Handlung bezüglichen Akten, Unterlagen und Gegenstände kostenlos auf dem in Artikel 11 Absatz 1 vorgesehenen Wege übermittelt. Dem ersuchenden Staat wird mitgeteilt, was auf sein Begehren veranlaßt worden ist.

Artikel 7

Ne bis in idem; Verjährung; Amnestie

Die Auslieferung wird nicht bewilligt,

a) wenn der Verfolgte wegen der Handlungen, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, von den zuständigen Behörden des ersuchten Staates rechtskräftig abgeurteilt worden ist;

b) wenn nach den Rechtsvorschriften des ersuchenden oder des ersuchten Staates die Strafverfolgung oder Strafvollstreckung verjährt ist;

c) wenn in dem ersuchenden oder dem ersuchten Staat eine Amnestie ergangen ist, vorausgesetzt, daß in dem letzteren Fall die strafbare Handlung unter diejenigen fällt, die in diesem Staat verfolgt werden können, wenn sie außerhalb des Hoheitsgebietes dieses Staates von einem Nichtangehörigen dieses Staates begangen worden sind.

Artikel 8

Begehungsort; wegen derselben Handlungen anhängige Strafverfahren

Die Auslieferung kann abgelehnt werden,

a) wenn die strafbare Handlung im Hoheitsgebiet des ersuchten Staates begangen worden ist;

Article 5

Infractions fiscales

En matière de taxes et d'impôts, de douane, de change, l'extradition sera accordée dans les conditions prévues par le présent Traité dans la mesure où il en aura été ainsi décidé par simple échange de lettres pour chaque infraction ou catégorie d'infractions specialment désignée.

Article 6

Non-extradition des nationaux

1. Les Parties Contractantes n'extraderont pas les personnes dont l'extradition est interdite par leurs Constitutions respectives.

2. Si l'Etat requis n'extrade pas une des personnes visées au paragraphe 1 du présent article, il devra, sur la demande de l'Etat requérant, soumettre l'affaire aux autorités compétentes afin que des poursuites judiciaires puissent être exercées s'il y a lieu. A cet effet, les dossiers, informations et objets relatifs à l'infraction seront adressés gratuitement par la voie prévue au paragraphe 1 de l'article 11. L'Etat requérant sera informé de la suite qui aura été donnée à sa demande.

Article 7

Non bis in idem, prescription et amnistie

L'extradition ne sera pas accordée:

a) si l'individu réclamé a été définitivement jugé par les autorités compétentes de l'Etat requis pour le ou les faits à raison desquels l'extradition est demandée;

b) si la prescription de l'action ou de la peine est acquise d'après la législation de l'Etat requérant ou de l'Etat requis;

c) si une amnistie est intervenue dans l'Etat requérant ou si une amnistie est intervenue dans l'Etat requis à la condition que, dans ce dernier cas, l'infraction soit au nombre de celles qui peuvent être poursuivies dans cet Etat, lorsqu'elles ont été commises hors du territoire de cet Etat par un étranger à cet Etat.

Article 8

Lieu de perpétration et poursuites en cours pour les mêmes faits

L'extradition pourra être refusée:

a) si l'infraction a été commise sur le territoire de l'Etat requis;

الفصل 5 : الجرائم الجبائية :

في مادة الاداءات والضرائب والمعاليم القمرقية والصرف لا يقع التسليم حسب الشروط المقررة بهذه الاتفاقية الا في الحالات التي يقع الاتفاق عليها بتبادل الرسائل بين الطرفين المتعاقدين بالنسبة لكل جريمة او نوع معين بصفة خاصة من الجرائم .

الفصل 6 : عدم تسليم المواطنين :

1 ــ لا يسلم الطرفان المتعاقدان الاشخاص الذين يمنع دستور كل منهما تسليمهم .

2 ــ اذا لم تسلم الدولة المطلوب منها احد الاشخاص المشار اليهم بالفقرة الاولى من هذا الفصل فانه ينبغي عندئذ وبطلب من الدولة الطالبة عرض القضية على السلط المختصة ليقع التتبع القضائي عند الاقتضاء .

ولهذا الغرض توجه مجانا وبالطريقة المشار اليها بالفقرة 1 من الفصل 11 الملفات والارشادات والاشياء المتعلقة بالجريمة ويقع اعلام الدولة الطالبة بمآل مطلبها .

الفصل 7 : في اتصال القضاء والتقادم والعفو :

لا يقع التسليم :

أ ــ اذا كان الشخص المطلوب تسليمه قد سبقت محاكمته نهائيا من طرف السلط المختصة في الدولة المطلوب منها من اجل الجريمة او الجرائم المطلوب بسببها تسليمه .

ب ــ اذا سقطت الدعوى او العقوبة بمضي المدة حسب تشريع الدولة الطالبة او الدولة المطلوب منها .

ج ــ اذا صدر عفو عام في الدولة الطالبة او في الدولة المطلوب منها بشرط ان تكون الجريمة في هذه الصورة الاخيرة من بين الجرائم التي يمكن تتبعها بهذه الدولة عندما ترتكب خارج ترابها من طرف شخص اجنبي عنها .

الفصل 8 : مكان ارتكاب نفس الجريمة وتتبعها الجاري :

يمكن ان يرفض التسليم :

أ ــ اذا ارتكبت الجريمة بتراب الدولة المطلوب منها

b) wenn der Verfolgte von dem ersuchten Staat wegen der Handlungen verfolgt wird, derentwegen um Auslieferung ersucht wird.

Artikel 9

Prüfung des Strafantrags

Ob ein zur Einleitung eines Strafverfahrens notwendiger Antrag des Verletzten oder eine sonstige Prozeßvoraussetzung vorliegt, wird vom ersuchten Staat nicht geprüft.

Artikel 10

Todesstrafe

Ist die dem Auslieferungsersuchen zugrunde liegende Handlung, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, nach dem Recht des ersuchenden Staates mit der Todesstrafe bedroht und ist diese Strafe im Recht des ersuchten Staates nicht vorgesehen, so empfiehlt die Regierung des ersuchenden Staates ihrer zuständigen Behörde, die erkannte Todesstrafe in eine Freiheitsstrafe umzuwandeln.

Artikel 11

Ersuchen und Unterlagen

(1) Das Auslieferungsersuchen wird schriftlich abgefaßt und auf diplomatischem Wege übermittelt. Der weitere Schriftwechsel zwischen den beiden Staaten erfolgt ebenfalls auf diesem Wege.

(2) Dem Ersuchen sind beizufügen:

a) die Urschrift oder eine beglaubigte Abschrift eines vollstreckbaren verurteilenden Erkenntnisses, eines Haftbefehls oder einer anderen, nach den gesetzlichen Formvorschriften des ersuchenden Staates ausgestellten Urkunde mit gleicher Rechtswirkung;

b) eine Darstellung der Handlungen, derentwegen um Auslieferung ersucht wird. Zeit und Ort ihrer Begehung sowie ihre rechtliche Würdigung unter Bezugnahme auf die anwendbaren Gesetzesbestimmungen sind so genau wie möglich anzugeben;

c) eine Abschrift der anwendbaren Gesetzesbestimmungen sowie eine möglichst genaue Beschreibung des Verfolgten und alle anderen zur Feststellung seiner Identität und Staatsangehörigkeit geeigneten Angaben.

Artikel 12

Ergänzung der Unterlagen

Erweisen sich die vom ersuchenden Staat übermittelten Unterlagen für eine Entscheidung des ersuchten Staates auf Grund dieses Vertrags als unzureichend, so ersucht dieser Staat um die notwendige Ergänzung der Unterlagen; er kann für deren Beibringung eine Frist setzen.

b) si l'individu réclamé fait l'objet de poursuites de la part de l'Etat requis pour le ou les faits à raison desquels l'extradition est demandée.

Article 9

Examen de la plainte

L'Etat requis n'examinera pas si une plainte de la partie lésée ou une autre condition de procédure, nécessaire pour la poursuite pénale, a été faite ou non.

Article 10

Peine capitale

Si l'infraction motivant l'extradition est punie de la peine capitale d'après la loi de l'Etat requérant, et si cette peine n'est pas prévue par la loi de l'Etat requis, le Gouvernement de l'Etat requérant recommandera à son autorité compétente de substituer une peine privative de liberté à la peine capitale prononcée.

Article 11

Requête et pièces à l'appui

1. La demande d'extradition sera formulée par écrit et présentée par la voie diplomatique. La correspondance ultérieure entre les deux Etats se fera également par cette voie.

2. Il sera produit à l'appui de la requête:

a) l'original ou l'expédition authentique soit d'une décision de condamnation exécutoire, soit d'un mandat d'arrêt ou de tout autre acte ayant la même force, délivré dans les formes prescrites par la loi de l'Etat requérant;

b) un exposé des faits pour lesquels l'extradition est demandée. Le temps et le lieu de leur perpétration, leur qualification légale et les références aux dispositions légales qui leur sont applicables seront indiqués le plus exactement possible;

c) une copie des dispositions légales applicables ainsi que le signalement aussi précis que possible de l'individu réclamé et tous autres renseignements de nature à déterminer son identité et sa nationalité.

Article 12

Complément d'informations

Si les informations communiquées par l'Etat requérant se révèlent insuffisantes pour permettre à l'Etat requis de prendre une décision en application du présent Traité, ce dernier Etat demandera le complément d'informations nécessaire et pourra fixer un délai pour l'obtention de ces informations.

ب ـ اذا كان الشخص المطلوب موضوع تتبع بشان نفس الجريمة
او الجرائم المطلوب من اجلها التسليم في الدولة المطلوب منها .

الفصل 9 : النظر في الشكوى :

لا تبحث الدولة المطلوب منها عن وجود شكاية من طرف المتضرر او عن
توفر غير ذلك من الشروط اللازمة للتتبع الجزائي .

الفصل 10 : عقوبة الاعدام :

اذا كانت الجريمة المطلوب من اجلها التسليم يعاقب عنها بالاعدام
في قانون الدولة الطالبة والحال ان هذه العقوبة غير موجودة بقانون
الدولة المطلوب منها فان حكومة الدولة الطالبة توصي سلطتها المختصة
بتعويض عقوبة الاعدام المحكوم بها بعقوبة سالبة للحرية .

الفصل 11 : الطلب ومستنداته :

1 ـ يقدم طلب التسليم كتابيا بالطريق الديبلوماسي والمكاتبات
الموالية له الواقعة بين الدولتين تكون كذلك بنفس الطريقة .

2 ـ يكون طلب التسليم مصحوبا بالوثائق الآتية :

أ ـ الاصل او نسخة رسمية من الحكم القابل للتنفيذ او من بطاقة
الايقاف او من اية وثيقة اخرى لها نفس القوة ومسلمة حسب الصيغ المقررة
في تشريع الدولة الطالبة .

ب ـ مذكرة يبين فيها الوقائع التي من اجلها طلب التسليم كما يبين
فيها بقدر ما يستطاع من الدقة تاريخ ومكان اقترافها ووصفها القانوني
مع الاشارة الى النصوص القانونية المنطبقة عليها .

ج ـ نسخة من هذه النصوص وتبين بادق ما يمكن اوصاف الشخص
المطلوب تسليمه مع كل الارشادات الاخرى التي من شانها ان تساعد
على تعيين هويته وجنسيته .

الفصل 12 : الارشادات التكميلية :

اذا تبين ان الارشادات المقدمة من طرف الدولة الطالبة غير كافية
ولا تمكن الدولة المطلوب منها من اتخاذ قرار تطبيقا لهذه الاتفاقية
فان هذه الدولة تطلب الارشادات التكميلية اللازمة كما يمكنها ان تحدد
اجلا للتحصيل على تلك الارشادات .

Artikel 13

Grundsatz der Spezialität

(1) Der Ausgelieferte darf wegen einer anderen, vor der Übergabe begangenen Handlung als derjenigen, die der Auslieferung zugrunde liegt, nur in den folgenden Fällen verfolgt, abgeurteilt, zur Vollstreckung einer Strafe oder Maßregel der Sicherung und Besserung in Haft behalten oder einer sonstigen Beschränkung seiner persönlichen Freiheit unterworfen werden:

a) wenn der Staat, der ihn ausgeliefert hat, zustimmt. Zu diesem Zweck ist ein Ersuchen unter Beifügung der in Artikel 11 erwähnten Unterlagen und eines gerichtlichen Protokolls über die Erklärungen des Ausgelieferten zu stellen. Die Zustimmung wird erteilt, wenn die strafbare Handlung, derentwegen um Zustimmung ersucht wird, an sich nach diesem Vertrag der Verpflichtung zur Auslieferung unterliegt;

b) wenn der Ausgelieferte, obwohl er dazu die Möglichkeit hatte, das Hoheitsgebiet des Staates, an den er ausgeliefert worden ist, innerhalb von fünfundvierzig Tagen nach seiner endgültigen Freilassung nicht verlassen hat oder wenn er nach Verlassen dieses Hoheitsgebiets dorthin zurückgekehrt ist.

(2) Der ersuchende Staat kann jedoch die Maßnahmen treffen, die im Hinblick auf eine Ausweisung oder zur Unterbrechung der Verjährung einschließlich der Durchführung eines Abwesenheitsverfahrens nach seinen Rechtsvorschriften notwendig sind.

(3) Wird die dem Ausgelieferten zur Last gelegte Handlung während des Verfahrens rechtlich anders gewürdigt, so darf er nur insoweit verfolgt oder abgeurteilt werden, als die Tatbestandsmerkmale der rechtlich neu gewürdigten strafbaren Handlung die Auslieferung gestatten würden.

Article 13

Règle de la spécialité

1. L'individu qui aura été livré ne sera ni poursuivi, ni jugé, ni détenu en vue de l'exécution d'une peine ou d'une mesure de sûreté, ni soumis à toute autre restriction de sa liberté individuelle pour un fait quelconque antérieur à la remise, autre que celui ayant motivé l'extradition, sauf dans les cas suivants:

a) lorsque l'Etat qui l'a livré y consent. Une demande sera présentée à cet effet, accompagnée des pièces prévues à l'article 11 et d'un procès-verbal judiciaire consignant les déclarations de l'extradé. Ce consentement sera donné lorsque l'infraction pour laquelle il est demandé entraîne elle-même l'obligation d'extrader aux termes du présent Traité;

b) lorsqu'ayant eu la possibilité de le faire, l'individu extradé n'a pas quitté dans les quarante cinq jours qui suivent son élargissement définitif, le territoire de l'Etat auquel il a été livré ou s'il y est retourné après l'avoir quitté.

2. Toutefois, l'Etat requérant pourra prendre les mesures nécessaires en vue d'une part d'une expulsion éventuelle du territoire, d'autre part d'une interruption de la prescription conformément à sa législation, y compris le recours à une procédure par défaut.

3. Lorsque la qualification donnée au fait incriminé sera modifiée au cours de la procédure, l'individu extradé ne sera poursuivi ou jugé que dans la mesure où les éléments constitutifs de l'infraction nouvellement qualifiée permettraient l'extradition.

Artikel 14

Weiterlieferung an einen dritten Staat

Außer im Falle des Artikels 13 Absatz 1 Buchstabe b darf der ersuchende Staat den ihm Ausgelieferten, der von einem dritten Staat wegen vor der Übergabe begangener strafbarer Handlungen gesucht wird, nur mit Zustimmung des ersuchten Staates dem dritten Staat ausliefern. Der ersuchte Staat kann die Vorlage der in Artikel 11 Absatz 2 erwähnten Unterlagen verlangen.

Article 14

Réextradition à un Etat tiers

Sauf dans le cas prévu au paragraphe 1, alinéa b) de l'article 13, le consentement de l'Etat requis sera nécessaire pour permettre à l'Etat requérant de livrer à un Etat tiers l'individu qui lui aura été remis et qui serait recherché par l'Etat tiers pour des infractions antérieures à la remise. L'Etat requis pourra exiger la production des pièces prévues au paragraphe 2 de l'article 11.

Artikel 15

Vorläufige Auslieferungshaft

(1) In dringenden Fällen können die zuständigen Behörden des ersuchenden Staates um die vorläufige Inhaftnahme des Verfolgten ersuchen; über dieses

Article 15

Arrestation provisoire

1. En cas d'urgence, les autorités compétentes de l'Etat requérant pourront demander l'arrestation provisoire de l'individu recherché; les autorités

الفصـــل 13 : قـاعـدة التخصيص :

1 ـ ان الشخص الذي يقع تسليمه لا يمكن تتبعه ولا محاكمته ولا اعتقاله قصد تنفيذ عقوبة او وسيلة وقائية عليه كما لا يمكن ان يتخذ في شانه اي اجراء مقيد لحريته الفردية بسبب جريمة مهما كان نوعهـا سابقة من التسليـــم وغير التي وقع من اجلها هذا التسليم الا في الاحوال الآتية :

أ ـ اذا رضيت بذلك الدولة التي سلمته وفي هذه الحالة يوجـــه اليهـا طلب مرفق بالوثائق المنصوص عليها بالفصل 11 وبمحضر عدلــــي يتضمن تصريحات الشخص المسلم ، ويقع الرضا عندما تكون الجريمـــــة المطلوب من أجلها التسليم توجب التسليم بمقتضى هذه الاتفاقيــــــــة .

ب : اذا اتيحت له وسيلة الخروج من اراضي الدولة المسلم اليهـا ولم يخرج منها خلال الخمسة والاربعين يوما الموالية للافراج عنـــه نهائيـا او اذا خرج ثم عاد اليها ثانية .

2 ـ الا ان الدولة الطالبة يمكنها اتخاذ الاجراءات اللازمة اما للطرد المحتمل من البلاد او لقطع التقادم وفقا لقانونها بما في ذلك الالتجـــــاء الى المحاكمة غيابيـا .

3 ـ اذا وقع اثناء الاجراءات تغيير في وصف الجريمة المنسوبة للشخص المسلم فانه لا يقع تتبعه او محاكمته الا اذا كانت عناصر الجريمة حسـب وصفهـا الجديد تسمح بالتسليم .

الفصـــل 14 : التسليم ثانية لدولة ثالثة :

فيما عدا الصورة التي نصت عليها الفقرة 1 (ب) من الفصل 13 فــان موافقة الدولة المطلوب منها التسليم ضروري ليمكن للدولة الطالبـــــة ان تسلم الى دولة ثالثة الشخص المسلم اليها والمفتش عنه من طرف هــذه الدولة الثالثة من اجل جريمة ارتكبت قبل التسليم ويمكن للدولة المطلوب منها ان تطالب بالادلاء بالوثائق المشار اليـها بالفقرة 2 من الفصل 11 .

الفصـــل 15 : الايقاف التحفظي :

1 ـ في حالة التاكد يمكن للسلطات المختصة بالدولة الطالبة ان تطلـب ايقـاف الشخص المبحوث عنه ايقـافـا تحفظيا تحت السلطات المختصة

Ersuchen entscheiden die zuständigen Behörden des ersuchten Staates nach dessen Recht.

(2) In dem Ersuchen um vorläufige Inhaftnahme ist anzuführen, daß eine der in Artikel 11 Absatz 2 Buchstabe a erwähnten Urkunden vorhanden ist und die Absicht besteht, ein Auslieferungsersuchen zu stellen; ferner sind darin die strafbare Handlung, derentwegen um Auslieferung ersucht werden wird, Zeit und Ort ihrer Begehung und, soweit möglich, die Beschreibung der gesuchten Person anzugeben.

(3) Das Ersuchen um vorläufige Inhaftnahme wird den zuständigen Behörden des ersuchten Staates auf diplomatischem oder unmittelbar auf postalischem oder telegrafischem Wege oder über die Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation (Interpol) oder durch jedes andere Nachrichtenmittel übersandt, das Schriftspuren hinterläßt oder vom ersuchten Staat zugelassen ist. Der ersuchenden Behörde wird unverzüglich mitgeteilt, was auf ihr Ersuchen veranlaßt worden ist.

(4) Die vorläufige Haft kann aufgehoben werden, wenn das Auslieferungsersuchen und die in Artikel 11 erwähnten Unterlagen dem ersuchten Staat nicht innerhalb von zwanzig Tagen nach der Inhaftnahme vorliegen; sie darf in keinem Falle vierzig Tage vom Zeitpunkt der Inhaftnahme an überschreiten. Die vorläufige Freilassung ist jedoch jederzeit möglich, sofern der ersuchte Staat alle Maßnahmen trifft, die er zur Verhinderung einer Flucht des Verfolgten für notwendig hält.

(5) Die Freilassung steht einer erneuten Inhaftnahme und der Auslieferung nicht entgegen, wenn das Auslieferungsersuchen später eingeht.

compétentes de l'Etat requis statueront sur cette demande conformément à la loi de cet Etat.

2. La demande d'arrestation provisoire indiquera l'existence d'une des pièces prévues au paragraphe 2, alinéa a) de l'article 11 et fera part de l'intention d'envoyer une demande d'extradition; elle mentionnera l'infraction pour laquelle l'extradition sera demandée, le temps et le lieu où elle a été commise ainsi que, dans la mesure du possible, le signalement de l'individu recherché.

3. La demande d'arrestation provisoire sera transmise aux autorités compétentes de l'Etat requis soit par la voie diplomatique, soit directement par la voie postale ou télégraphique, soit par l'Organisation Internationale de Police Criminelle (Interpol), soit par tout autre moyen laissant une trace écrite ou admis par l'Etat requis. L'autorité requérante sera informée sans délai de la suite donnée à sa demande.

4. L'arrestation provisoire pourra prendre fin si, dans le délai de vingt jours après l'arrestation, l'Etat requis n'a pas été saisi de la demande d'extradition et des pièces mentionnées à l'article 11; elle ne devra, en aucun cas, excéder quarante jours après l'arrestation. Toutefois, la mise en liberté provisoire est possible à tout moment, sauf pour l'Etat requis à prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire en vue d'éviter la fuite de l'individu réclamé.

5. La mise en liberté ne s'opposera pas à une nouvelle arrestation et à l'extradition si la demande d'extradition parvient ultérieurement.

Artikel 16

Auslieferungsersuchen mehrerer Staaten

Ersuchen wegen derselben oder wegen verschiedener Handlungen mehrere Staaten zugleich um Auslieferung, so entscheidet der ersuchte Staat frei unter Berücksichtigung aller Umstände, insbesondere der Möglichkeit einer späteren Auslieferung zwischen den ersuchenden Staaten, des Zeitpunktes der Auslieferungsersuchen, der verhältnismäßigen Schwere der strafbaren Handlungen und des Ortes ihrer Begehung.

Article 16

Concours de requêtes

Si l'extradition est demandée concurremment par plusieurs Etats, soit pour les mêmes faits, soit pour des faits différents, l'Etat requis statuera librement, compte tenu de toutes circonstances et notamment de la possibilité d'une extradition ultérieure entre les Etats requérants, des dates respectives des demandes, de la gravité relative et du lieu des infractions.

Artikel 17

Ubergabe des Verfolgten

(1) Der ersuchte Staat setzt den ersuchenden Staat von seiner Entscheidung über die Auslieferung auf diplomatischem Wege in Kenntnis.

Article 17

Remise de l'extradé

1. L'Etat requis fera connaître à l'Etat requérant par la voie diplomatique sa décision sur l'extradition.

في الدولة المطلوب منها في شان ذلك وفقا لقانونها .

2 ـ ينص طلب الايقاف التحفظي على وجود وثيقة من الوثائق المذكورة بالفقرة 2 (أ) من الفصل 11 وعلى التصريح بالعزم على توجيه طلب التسليم كما يذكر به الجريمة التي سيطلب من اجلها التسليم وتاريخ ومكان ارتكابها وتبين حسب الامكان اوصاف الشخص المبحوث عنه .

3 ـ يوجه طلب الايقاف التحفظي للسلط المختصة بالدولة المطلوب منها اما بواسطة الطريق الديبلوماسي او مباشرة بطريق البريد او البرق او بواسطة المنظمة العالمية لشرطة الاجرام او بكل وسيلة تترك اثرا كتابيا او تكون مقبولة من طرف الدولة المطلوب منها وتحاط الدولة الطالبة علما بمآل طلبها بدون تاخير .

4 ـ ينتهي الايقاف التحفظي اذا لم تتصل الدولة المطلوب منها في اجل قدره عشرون يوما من تاريخ الايقاف ـ بطلب التسليم وبالاوراق المنصوص عليها بالفصل 11 وفي اي حال من الاحوال لا يتجاوز الايقاف الاربعين يوما من تاريخه الا انه يجوز الاذن بالسراح الوقتي في كل وقت ، لكن للدولة المطلوب منها اتخاذ جميع الوسائل التي تراها لازمة لمنع فرار الشخص المطلوب .

5 ـ لا يحول السراح دون الايقاف من جديد او التسليم اذا ورد طلب التسليم فيما بعد .

الفصل 16 : تعدد الطلبات :

اذا وردت على الدولة المطلوب منها التسليم عدة طلبات من دول مختلفة من اجل الجريمة نفسها او من اجل جرائم مختلفة فانها تبت بكامل الحرية آخذة بعين الاعتبار جميع الظروف وخاصة امكانية التسليم فيما بعد بين الدول الطالبة كاعتبار تاريخ ورود المطالب ومدى خطورة الجريمة ومكان ارتكابها .

الفصل 17 : في التسليم :

1 ـ الدولة المطلوب منها التسليم تعلم الدولة الطالبة بالطريق الديبلوماسي بالقرار الذي اتخذته في شانه .

(2) Jede vollständige oder teilweise Ablehnung ist zu begründen.

(3) Im Falle der Bewilligung werden dem ersuchenden Staat Ort und Zeit der Übergabe sowie die Dauer der von dem Verfolgten erlittenen Auslieferungshaft mitgeteilt.

(4) Vorbehaltlich des in Absatz 5 vorgesehenen Falles kann der Verfolgte mit Ablauf von fünfzehn Tagen nach dem für die Übergabe festgesetzten Zeitpunkt freigelassen werden, wenn er bis dahin nicht übernommen worden ist; in jedem Fall ist er nach Ablauf von dreißig Tagen freizulassen; der ersuchte Staat kann dann die Auslieferung wegen derselben Handlung ablehnen.

(5) Ist die Übergabe oder die Übernahme des Verfolgten wegen außergewöhnlicher Umstände nicht möglich, so setzt der betreffende Staat den anderen Staat vor Fristablauf davon in Kenntnis. Beide Staaten vereinbaren einen neuen Zeitpunkt für die Übergabe; Absatz 4 findet Anwendung.

Artikel 18

Aufgeschobene oder bedingte Übergabe

(1) Der ersuchte Staat kann die Übergabe eines Verfolgten, der wegen einer anderen als der dem Auslieferungsersuchen zugrunde liegenden strafbaren Handlung verfolgt wird oder verurteilt worden ist, aufschieben, bis die Strafverfolgung beendet ist oder er seine Strafe verbüßt hat.

(2) Wird die Übergabe aufgeschoben, so kann der ersuchte Staat den Verfolgten vorübergehend dem ersuchenden Staat zur Durchführung bestimmter Prozeßhandlungen übergeben. Nach Beendigung der Strafverfolgung übergibt der ersuchende Staat den Verfolgten wieder dem ersuchten Staat.

Artikel 19

Herausgabe von Beweisstücken

(1) Auf Verlangen des ersuchenden Staates werden alle Gegenstände, die aus einer strafbaren Handlung herrühren oder als Beweisstücke dienen können und im Zeitpunkt der Festnahme im Besitz des Verfolgten gefunden worden sind oder später entdeckt werden, beschlagnahmt und diesem Staat übergeben.

(2) Die Herausgabe kann auch dann erfolgen, wenn die Auslieferung infolge der Flucht oder des Todes des Verfolgten nicht möglich ist.

(3) Rechte des ersuchten Staates oder Dritter an diesen Gegenständen bleiben vorbehalten. Bestehen solche Rechte, so werden die Gegenstände nach Abschluß des Verfahrens so bald wie möglich und kostenlos dem ersuchten Staat zurückgegeben.

2. Tout rejet complet ou partiel sera motivé.

3. En cas d'acceptation, l'Etat requérant sera informé du lieu et de la date de la remise, ainsi que de la durée de la détention subie en vue de l'extradition par l'individu réclamé.

4. Sous réserve du cas prévu au dernier paragraphe du présent article, si l'individu réclamé n'as pas été reçu à la date fixée, il pourra être mis en liberté à l'expiration d'un délai de quinze jours à compter de cette date et il sera en tout cas mis en liberté à l'expiration d'un délai de trente jours; l'Etat requis pourra refuser de l'extrader pour le même fait.

5. Dans le cas de circonstances exceptionnelles empêchant la remise ou la réception de l'individu à extrader, l'Etat intéressé en informera l'autre Etat avant l'expiration du délai. Les deux Etats se mettront d'accord sur une autre date de remise et les dispositions de l'alinéa précédent seront applicables.

Article 18

Remise ajournée ou conditionnelle

1. L'Etat requis pourra ajourner la remise de l'individu poursuivi ou condamné pour une autre infraction que celle motivant la demande d'extradition jusqu'à ce que la poursuite soit terminée ou qu'il ait purgé sa peine.

2. Si la remise est ajournée, l'Etat requis pourra remettre temporairement l'individu à extrader à l'Etat requérant en vue de certains actes de procédure. Après l'accomplissement de la poursuite pénale, l'Etat requérant rendra l'individu à l'Etat requis.

Article 19

Remise des pièces à conviction

1. A la demande de l'Etat requérant, tous les objets provenant de l'infraction ou pouvant servir de pièces à conviction qui seront trouvés en la possession de l'individu réclamé au moment de son arrestation ou qui seront découverts ultérieurement, seront saisis et remis à cet Etat.

2. Cette remise pourra être effectuée même si l'extradition ne peut s'accomplir par suite de l'évasion ou de la mort de l'individu réclamé.

3. Sont toutefois réservés les droits que l'Etat requis ou des tiers auraient acquis sur ces objets. Si de tels droits existent, les objets seront, le procès terminé, restitués le plus tôt possible et sans frais à l'Etat requis.

2 ـ كل قرار برفض التسليم كلا اوبعضا يكون معللا .

3 ـ في صورة الموافقة تحاط الدولة الطالبة علما بمكان وتاريخ التسليم وكذلك بمدة الايقاف التي قضاها الشخص المطلوب من اجل اتمام التسليم .

4 ـ فيما عدا الصورة المشار اليها بالفقرة الاخيرة من هذا الفصل فانه اذا لم يقع تسلم الشخص المطلوب في التاريخ المعين فانه يمكن سراحه عند انقضاء خمسة عشر يوما ابتداء من ذلك التاريخ وعلى كل حال يقع الافراج عنه بعد شهر وللدولة المطلوب منها رفض تسليمه من اجل نفس الجريمة .

5 ـ عند حدوث ظروف استثنائية تحول دون تسليم الشخص المطلوب اوتسلمه فان الدولة المعنية تعلم الدولة الاخرى بذلك قبل انقضاء الاجل وعندئذ تتفق الدولتان على موعد جديد للتسليم وتكون في هذه الحالة احكام الفقرة السابقة نافذة المفعول .

الفصل 18 : في التسليم المؤجل اوالشرطي :

1 ـ يمكن للدولة المطلوب منها تاجيل تسليم الشخص موضوع التتبع اوالمحكوم عليه من اجل جريمة غير الجريمة المتسببة في طلب التسليم الى ان يتم التتبع اوالى ان يقضي المدة المحكوم بها .

2 ـ اذا اجل التسليم فان الدولة المطلوب منها يمكنها توجيهه المعني بالامر مؤقتا للدولة الطالبة لاتمام بعض الاعمال الاجرائية ثم ترجعه الدولة الطالبة الى الدولة المطلوب منها عند اتمام اعمال التتبع الجزائي .

الفصل 19 : تسليم المحجوز :

1 ـ بناء على طلب الدولة الطالبة فان جميع ما يعثر عليه في حوز الشخص المطلوب تسليمه حين ايقافه اوفيما بعد من اشياء ناتجة عن ارتكاب الجريمة اومن شانها ان تساعد على اثبات الجريمة يحجز ويسلم اليها .

2 ـ يمكن ان تسلم هذه الاشياء ولو لم يتم تسليم الشخص المطلوب لفراره او وفاته .

3 ـ غير ان الحقوق المكتسبة للدولة المطلوب منها اوللغير على تلك الاشياء تكون محفوظة ويجب ان ترد في حالة ظهور تلك الحقوق في اقرب وقت ممكن اثر انتهاء القضية الى الدولة المطلوب منها ومن غير مصاريف .

(4) Der ersuchte Staat kann die beschlagnahmten Gegenstände vorübergehend zurückbehalten, wenn sie nach seiner Auffassung für ein Strafverfahren benötigt werden. Er kann sich aus dem gleichen Grunde bei der Herausgabe der beschlagnahmten Gegenstände vorbehalten, diese zurückzuverlangen, vorausgesetzt, daß er sich verpflichtet, sie seinerseits so bald wie möglich zurückzugeben.

4. L'Etat requis pourra retenir temporairement les objets saisis s'il les juge nécessaires pour une procédure pénale. Il pourra de même, en les transmettant, se réserver leur restitution pour le même motif en s'obligeant à les renvoyer à son tour dès que faire se pourra.

Artikel 20

Durchlieferung

Die Durchlieferung durch das Hoheitsgebiet eines der Vertragsstaaten wird auf Grund eines auf diplomatischem Wege übermittelten Ersuchens unter Berücksichtigung der für die Auslieferung erforderlichen Voraussetzungen bewilligt.

Article 20

Transit

Le transit à travers le territoire de l'une des Parties Contractantes sera accordé sur demande adressée par la voie diplomatique compte tenu des conditions requises pour l'extradition.

Artikel 21

Beförderung auf dem Luftwege

Wird der Luftweg benutzt, so finden folgende Bestimmungen Anwendung:

a) Ist keine Zwischenlandung vorgesehen, so unterrichtet der ersuchende Staat den Vertragsstaat, dessen Hoheitsgebiet überflogen werden soll, und bestätigt das Vorliegen einer der in Artikel 11 Absatz 2 Buchstabe a erwähnten Unterlagen. Im Falle einer unvorhergesehenen Zwischenlandung hat diese Mitteilung die Wirkung eines Ersuchens um vorläufige Inhaftnahme im Sinne des Artikels 15; der ersuchende Staat stellt in diesem Fall ein formgerechtes Auslieferungsersuchen;

b) ist eine Zwischenlandung vorgesehen, so stellt der ersuchende Staat ein Ersuchen entsprechend Artikel 20.

Article 21

Transport par la voie aérienne

Dans le cas où la voie aérienne sera utilisée, il sera fait application des dispositions suivantes:

a) lorsqu'un atterrissage ne sera pas prévu, l'Etat requérant avertira l'Etat dont le territoire sera survolé, et attestera l'existence d'une des pièces prévues au paragraphe 2 alinéa a) de l'article 11. Dans le cas d'atterrissage fortuit, cette déclaration produira les effets de la demande d'arrestation provisoire visée à l'article 15 et l'Etat requérant adressera une demande régulière d'extradition;

b) lorsqu'un atterrissage sera prévu l'Etat requérant adressera une demande conformément aux dispositions de l'article 20.

TEIL II

Rechtshilfe in Strafsachen

Artikel 22

Verpflichtung zur Rechtshilfe

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, gemäß den nachstehenden Vorschriften und Bedingungen einander Rechtshilfe in Strafsachen zu leisten.

(2) Rechtshilfe durch Vollstreckung von Straferkenntnissen wird nicht geleistet.

TITRE II

L'entraide judiciaire en matière pénale

Article 22

Obligation d'entraide

1. Les Parties Contractantes s'engagent à s'accorder, selon les règles et sous les conditions déterminées par les articles suivants, l'entraide judiciaire dans toute affaire pénale.

2. Cette entraide ne s'applique pas à l'exécution des condamnations en matière pénale.

4 ــ يجوز للدولة المطلوب منها ان تحتفظ موُقتا بالاشياء المحجوزة اذا اعتبرت ذلك ضروريا لمصلحة قضية جزائية ويمكنها كذلك أن تحتفظ عند تسليمها للاشياء بالحق في استرجاعها لنفس السبب المذكور سابقا ملتزمة في الوقت نفسه بارجاعها من جديد حالما يتسنى لها ذلك .

<u>الفصل 20 : العبور :</u>

يسمح بالعرور عبر اراضي احد الطرفين المتعاقدين بناء على طلب يوجه بالطريق الديبلوماسي مع مراعاة شروط التسليم .

<u>الفصل 21 : النقل جوا :</u>

عندما يقع استعمال الطريق الجوي تطبق الاجراءات الآتية :

أ ــ اذا لم يتقرر نزول الطائرة فأن الدولة الطالبة تعلم الدولة التي ستمر الطائرة بسمائها وتشهد بوجود احد الوثائق المنصوص عليها بالفقرة 2 (أ) من الفصل 11 وعند الاضطرار الى النزول الطارئ فان هذا الاعلام يكون له نفس المفعول الذي لمطلب الايقاف التحفظي المشار اليه بالفصل 15 وعندئذ توجه الدولة الطالبة طلبا قانونيا في التسليم .

ب ــ واذا كان نزول الطائرة متوقعا فان الدولة الطالبة توجه طلبا وفقا لمقتضيات الفصل 20 .

<u>العنوان الثاني</u>

<u>التعاون القضائي في المادة الجزائية</u>

<u>الفصل 22 : وجوب التعاون :</u>

1 ــ يلتزم الطرفان المتعاقدان بتبادل المعونة القضائية في كل قضية جزائية وفقا للقواعد والشروط المبينة بالفصول الآتية

2 ــ ولا ينطبق هذا التعاون على تنفيذ الاحكام الصادرة في المادة الجزائية .

Artikel 23

Ausnahmen

Rechtshilfe wird nicht geleistet,

a) wenn sich das Ersuchen auf Handlungen bezieht, die der ersuchte Staat als politische, als mit solchen zusammenhängende oder als strafbare Handlungen ansieht, die ausschließlich in der Verletzung militärischer Pflichten bestehen;

b) wenn nach Ansicht des ersuchten Staates die Erledigung des Ersuchens geeignet ist, die Souveränität, die Sicherheit, die öffentliche Ordnung oder andere wesentliche Interessen dieses Staates zu beeinträchtigen.

Article 23

Exceptions

L'entraide judiciaire ne sera pas accordée:

a) si la demande vise des infractions considérées par l'Etat requis soit comme des infractions politiques, soit comme des infractions connexes à des infractions politiques, soit comme des infractions qui consistent uniquement dans la violation d'obligations militaires;

b) si l'Etat requis estime que l'exécution de la demande est de nature à porter atteinte à la souveraineté, à la sécurité, à l'ordre public ou à d'autres intérêts essentiels de son pays.

Artikel 24

Begründung der Verweigerung

Jede Verweigerung der Rechtshilfe ist zu begründen.

Article 24

Motivation du refus

Tout refus d'entraide sera motivé.

Artikel 25

Erledigung der Ersuchen

(1) Der ersuchte Staat läßt Rechtshilfeersuchen in einer Strafsache, die ihm von den zuständigen Behörden des ersuchenden Staates zugehen und die Vornahme von Untersuchungshandlungen oder die Übermittlung von Gegenständen, Akten oder Schriftstücken zum Gegenstand haben, in der in seinen Rechtsvorschriften vorgesehenen Form ausführen.

(2) Wünscht der ersuchende Staat, daß die Zeugen unter Eid aussagen, so hat er ausdrücklich darum zu ersuchen; der ersuchte Staat gibt diesem Ersuchen statt, sofern sein Recht dem nicht entgegensteht.

(3) Der ersuchte Staat braucht nur beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Fotokopien der erbetenen Akten oder Schriftstücke zu übermitteln. Verlangt der ersuchende Staat jedoch ausdrücklich die Übermittlung von Urschriften, so wird diesem Ersuchen so weit wie möglich stattgegeben.

Article 25

Exécution des demandes

1. L'Etat requis fera exécuter dans la forme prévue par sa législation les demandes d'entraide relatives à une affaire pénale qui lui seront adressées par les autorités compétentes de l'Etat requérant et qui ont pour objet d'accomplir des actes d'instructions, de communiquer des objets, des dossiers ou des documents.

2. Si l'Etat requérant désire que les témoins déposent sous serment, il en fera expressément la demande et l'Etat requis y donnera suite si la loi de son pays ne s'y oppose pas.

3. L'Etat requis pourra transmettre seulement des copies ou photocopies certifiées conformes des dossiers ou documents demandés. Toutefois, si l'Etat requérant demande expressément la communication des originaux, il sera donné suite à cette demande dans toute la mesure du possible.

Artikel 26

Durchsuchung und Beschlagnahme

Ein Rechtshilfeersuchen, das eine Durchsuchung oder eine Beschlagnahme zum Gegenstand hat, wird nur wegen einer strafbaren Handlung erledigt, die auch nach dem Recht des ersuchten Staates strafbar ist; Artikel 23 bleibt unberührt.

Article 26

Perquisition et saisie

La demande d'entraide tendant à faire opérer une perquisition ou une saisie ne sera exécutée que pour une infraction punissable aussi selon la loi de l'Etat requis sous réserve des dispositions de l'article 23.

الفصل 23 : استثناءات :

لا يتم التعاون القضائي :

أ ـ اذا تعلق الطلب بجرائم تعتبرها الدولة المطلوب منها كجرائم سياسية اوكجرائم مرتبطة بها اوكجرائم لا تتمثل الا في الاخلال بواجبات عسكرية .

ب ـ اذا كانت الدولة المطلوب منها تعتبر تنفيذ الطلب من شانه ان ينال من سيادتها اومن امنها اومن نظامها العام اومن غير ذلك من مصالح بلادها الاساسية .

الفصل 24 : تعليل الرفض :

كل رفض للتعاون يكون معللا .

الفصل 25 : تنفيذ الطلبات :

1 ـ تقوم الدولة المطلوب منها ـ طبقا للشكليات التي نص عليها تشريعها ـ بتنفيذ طلبات التعاون المتعلقة بقضية جزائية الموجهة اليها من طرف السلط المختصة في الدولة الطالبة والتي يكون موضوعها اتمام اعمال التحقيق اوتوجيه اشياء اوملفات او وثائق .

2 ـ اذا كانت الدولة الطالبة ترغب في ان يؤدي الشهود اليمين قبل تلقي شهاداتهم فانها تنص على ذلك بصورة صريحة بطلبها وتلبي رغبتها الدولة المطلوب منها اذا كان ذلك لا يتعارض مع تشريعها .

3 ـ لا تسلم الدولة المطلوب منها الا النسخ اوالصور الشمسية فقط المشهود بمطابقتها للاصل من الملفات والوثائق المطلوب منها لكن حسب الامكانيات تمكن الدولة الطالبة من اصول الوثائق والملفات اذا طلبتها صراحة .

الفصل 26 : التفتيش والحجز :

طلب التعاون الرامي الى اجراء التفتيش اوالحجز لا ينفذ الا بالنسبة للجرائم التي يعاقب عنها ايضا قانون الدولة المطلوب منها مع مراعاة احكام الفصل 23 .

Artikel 27

Herausgabe von Gegenständen

(1) Der ersuchte Staat kann die Herausgabe von Gegenständen, Akten oder Schriftstücken, um deren Übermittlung ersucht worden ist, aufschieben, wenn er sie für ein anhängiges Strafverfahren benötigt.

(2) Die Gegenstände sowie die Urschriften von Akten oder Schriftstükken, die in Erledigung eines Rechtshilfeersuchens übermittelt worden sind, werden vom ersuchenden Staat so bald wie möglich dem ersuchten Staat zurückgegeben, sofern dieser nicht darauf verzichtet.

Article 27

Remise des objets

1. L'Etat requis pourra surseoir à la remise des objets, dossiers ou documents dont la communication est demandée, s'ils lui sont nécessaires pour une procédure pénale en cours.

2. Les objets ainsi que les originaux des dossiers et documents qui auront été communiqués en exécution d'une demande d'entraide judiciaire seront renvoyés aussitôt que possible par l'Etat requérant à l'Etat requis, à moins que celui-ci n'y renonce.

Artikel 28

Zustellung von Verfahrensurkunden und Strafentscheidungen

(1) Der ersuchte Staat bewirkt die Zustellung von Verfahrensurkunden und Strafentscheidungen, die ihm zu diesem Zweck vom ersuchenden Staat übermittelt werden; die Zustellung kann durch einfache Übergabe der Urkunde oder der Entscheidung an den Empfänger erfolgen. Auf ausdrückliches Verlangen des ersuchenden Staates bewirkt der ersuchte Staat die Zustellung in einer in seinen Rechtsvorschriften für die Zustellung gleichartiger Schriftstücke vorgesehenen Form oder in einer besonderen Form, die mit diesen Rechtsvorschriften vereinbar ist.

(2) Die Zustellung wird durch eine datierte und vom Empfänger unterschriebene Empfangsbestätigung oder durch eine Erklärung der zuständigen Behörde des ersuchten Staates nachgewiesen, welche die Tatsache, die Form und das Datum der Zustellung beurkundet. Die eine oder die andere dieser Urkunden wird dem ersuchenden Staat unverzüglich übermittelt.

(3) Konnte die Zustellung nicht bewirkt werden, so teilt der ersuchte Staat dies dem ersuchenden Staat unter Angabe des Grundes unverzüglich mit.

Article 28

Remise d'actes de procédure et signification de décisions en matière pénale

1. L'Etat requis procèdera à la remise des actes de procédures et à la signification des décisions en matière pénale qui lui seront envoyés à cette fin par l'Etat requérant; cette remise pourra être effectuée par simple transmission de l'acte ou de la décision au destinataire. Si l'Etat requérant le demande expressément, l'Etat requis effectuera la remise dans une des formes prévues par sa législation pour les significations analogues ou dans une forme spéciale compatible avec cette législation.

2. La preuve de la remise ou de la signification se fera au moyen d'un récépissé daté et signé par le destinataire ou d'une déclaration de l'autorité compétente de l'Etat requis constatant le fait, la forme et la date de la remise ou de la signification. L'un ou l'autre de ces documents sera immédiatement transmis à l'Etat requérant.

3. Si la remise ou la signification n'a pu se faire, l'Etat requis en fera connaître immédiatement le motif à l'Etat requérant.

Artikel 29

Ladung von Zeugen und Sachverständigen

Leistet ein Zeuge oder Sachverständiger einer Ladung, um deren Zustellung ersucht worden ist, nicht Folge, so darf er selbst dann, wenn die Ladung Zwangsandrohungen enthält, nicht bestraft oder einer Zwangsmaßnahme unterworfen werden, sofern er sich nicht später freiwillig in das Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates begibt und dort erneut ordnungsgemäß geladen wird.

Article 29

Citation des témoins et experts

Le témoin ou l'expert qui n'aura pas déféré à une citation à comparaître dont la remise a été demandée ne pourra être soumis, alors même que cette citation contiendrait des injonctions, à aucune sanction ou mesure de contrainte, à moins qu'il ne se rende par la suite de son plein gré sur le territoire de l'Etat requérant et qu'il n'y soit régulièrement cité à nouveau.

الفصل 27: تسليم الاشياء :

1 ـ يجوز للدولة المطلوب منها ان ترجئ تسليم الاشياء او الملفات او الوثائق المطلوب منها توجيهها اذا اعتبرت ذلك ضروريا لمصلحة قضية جزائية ما تزال منشورة .

2 ـ ان الاشياء وكذلك اصول الملفات والوثائق الموجهة تنفيذا لطلب التعاون القضائي يقع ارجاعها في اقرب وقت ممكن من طرف الدولة الطالبة الى الدولة المطلوب منها الا اذا تنازلت هذه الاخيرة عن ذلك .

الفصل 28 :تسليم اوراق الاجراءات والاعلام بالاحكام في المادة الجزائية :

1 ـ تقوم الدولة المطلوب منها بتسليم اوراق الاجراءات بالاعلام بالاحكام في المادة الجزائية الموجهة اليها لهذا الغرض من طرف الدولة الطالبة ويمكن ان يقع هذا التسليم بمجرد احالة هذه الاوراق او الاحكام الى الشخص الموجهة اليه وبناء على الطلب الصريح تجري الدولة المطلوب منها عندئذ هذا التسليم اما حسب شكل معين تقره تشريعها للاعلامات المشابهة اوبطريقة خاصة تتماشى مع تشريعها ايضا .

2 ـ ان اثبات التسليم او الاعلام يقع بوصل مؤرخ وممضى من طرف الموجه اليه اوبتصريح محرر من طرف السلط المختصة بالدولة المطلوب منها يثبت معاينة وقوع التسليم او الاعلام والشكل الذي تم به وتاريخه وتحال احدى هاتين الوثيقتين فورا الى الدولة الطالبة .

3 ـ اذا تعذر التسليم او الاعلام فان الدولة المطلوب منها تعلم فورا الدولة الطالبة بسبب ذلك .

الفصل 29 : استدعاء الشهود والخبراء :

لا يمكن ان تسلط اية عقوبة ولا يمكن ان تتخذ اية وسيلة جبر ضد الشاهد او الخبير الذي لم يلب الاستدعاء للحضور المطلوب ابلاغه اليه ولوكان الاستدعاء ينص على الامر بالحضور الا اذا دخل فيما بعد بمحض اختياره تراب الدولة الطالبة ووقع استدعاؤه فيها من جديد طبق القانون .

Artikel 30

Reise- und Aufenthaltskosten

(1) Reise- und Aufenthaltskosten werden dem Zeugen oder Sachverständigen nach den Sätzen und Vorschriften des Staates bewilligt, in dem die Vernehmung stattfinden soll.

(2) In dem Ersuchen um Zustellung der Ladung oder in der Ladung selbst ist zu erwähnen, in welcher Höhe ungefähr die zuständige Behörde des ersuchenden Staates dem Zeugen oder Sachverständigen die Reise- und Aufenthaltskosten erstattet sowie gegebenenfalls die Entschädigung zahlt.

Die Konsularbehörden des ersuchenden Staates bevorschussen dem Zeugen oder Sachverständigen auf seinen Wunsch ganz oder teilweise die Reise- und Aufenthaltskosten.

Article 30

Frais de voyage et de séjour

1. Les frais de voyage et de séjour seront accordés au témoin ou à l'expert, d'après les tarifs et règlements en vigueur dans le pays où l'audition doit avoir lieu.

2. La demande de remise de la citation ou la citation elle-même devra mentionner dans quelle mesure l'autorité compétente de l'Etat requérant remboursera approximativement au témoin ou à l'expert les frais de voyage et de séjour et versera le cas échéant les indemnités.

Les autorités consulaires de l'Etat requérant doivent avancer au témoin ou à l'expert, sur sa demande, tout ou partie des frais de voyage et de séjour.

Artikel 31

Überstellung von Häftlingen als Zeugen

(1) Verlangt der ersuchende Staat das persönliche Erscheinen eines Häftlings als Zeuge oder zur Gegenüberstellung, so wird dieser — vorbehaltlich des Artikels 32, soweit anwendbar — unter der Bedingung seiner Zurückstellung innerhalb der vom ersuchten Staat bestimmten Frist zeitweilig in das Hoheitsgebiet überstellt, in dem die Vernehmung stattfinden soll.

Die Überstellung kann abgelehnt werden,

a) wenn der Häftling ihr nicht zustimmt;

b) wenn seine Anwesenheit wegen eines im Hoheitsgebiet des ersuchten Staates anhängigen Strafverfahrens notwendig ist;

c) wenn die Überstellung geeignet ist, seine Haft zu verlängern, oder

d) wenn andere zwingende Gründe seiner Überstellung in das Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates entgegenstehen.

(2) Die überstellte Person muß im Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates in Haft gehalten werden, sofern nicht der um Überstellung ersuchte Staat ihre Freilassung verlangt.

Article 31

Comparution de témoins détenus

1. Toute personne détenue dont la comparution personnelle en qualité de témoin ou aux fins de confrontation est demandée per l'Etat requérant sera transférée temporairement sur le territoire où l'audition doit avoir lieu, sous condition de son renvoi dans le délai indiqué par l'Etat requis et sous réserve des dispositions de l'article 32 dans la mesure où celles-ci peuvent s'appliquer.

Le transfèrement pourra être refusé:

a — si la personne détenue n'y consent pas;

b — si sa présence est nécessaire dans une procédure pénale en cours sur le territoire de l'Etat requis;

c — si son transfèrement est susceptible de prolonger sa détention ou

d — si d'autres considérations impérieuses s'opposent à son transfèrement sur le territoire de l'Etat requérant.

2. La personne transférée devra rester en détention sur le territoire de l'Etat requérant à moins que l'Etat requis du transfèrement ne demande sa mise en liberté.

Artikel 32

Freies Geleit

(1) Ein Zeuge oder Sachverständiger, gleich welcher Staatsangehörigkeit, der auf Ladung vor den Justizbehörden des ersuchenden Staates erscheint, darf in dessen Hoheitsgebiet wegen Handlungen oder Verurteilungen aus der Zeit vor seiner Abreise aus dem Hoheitsgebiet des ersuchten Staates weder verfolgt noch in Haft gehalten noch einer sonstigen Beschränkung seiner persönlichen Freiheit unterworfen werden.

Article 32

Immunité

1. Aucun témoin ni expert, de quelque nationalité qu'il soit, qui, à la suite d'une citation, comparaît devant les autorités judiciaires de l'Etat requérant, ne pourra être ni poursuivi, ni détenu, ni soumis à aucune restriction de sa liberté individuelle sur le territoire de cet Etat pour des faits ou condamnations antérieurs à son départ du territoire de l'Etat requis.

الفصـــــل 30 : نفقات السفر والاقامـــــة :

1 ـ تعطى للشاهد والخبير نفقات السفر والاقامة حسب التعريفات والتراتيب المعمول بها داخل البلاد التي يجب تلقي شهادته فيها .

2 ـ ينبغي ان يذكر سواء بمطلب تسليم الاستدعاء اوبالاستدعـــــاء نفسه الشروط التي بمقتضاها ستدفع السلطة المختصة بالدولة الطالبـــة للشاهد اوالخبير نفقـات سفره واقامته وعند الاقتضاء المنح .

ويجب ان تسبق السلط القنصلية التابعة للدولة الطالبة الى الشاهـــد اوالخبير حسب طلبه كامل نفقات السفر والاقامة اوجزءا منها .

الفصـــــل 31 : حضور الشاهد الموقوف :

1 ـ كل موقوف طلب حضوره شخصيا من طرف الدولة الطالبة بصفتـه شاهد او للمكافحة يقع نقـله مؤقتا الى المكان المراد سماعه فيه بشرط ارجاعه في الاجل المحدد من طرف الدولة المطلوب منها مع مراعـــاة احكام الفصل 32 في حدود امكانية تطبيقهــــا .

أ ـ ويمكن رفض النقـل اذا لم يوافق الموقوف على ذلك .

ب ـ اذا كان وجوده ضروريا لمصلحة قضية جزائية منشورة لدى الدولة المطلوب منها .

ج ـ اذا كان نقـله من شانه ان يطيل ايقافه او

د ـ اذا كانت هناك اعتبارات اخرى ملحة تحول دون نقـله الـى تراب الدولة الطالبة .

2 ـ ينبغي ان يبقى الشخص المنقول في حالة ايقاف بتراب الدولـــــة الطالبة الا اذا طلبت الدولة المطلوب منها الافراج عنـه .

الفصـــــل 32 : الحصانـــــة :

1 ـ لايمكن تتبع اي شاهد او خبير مهما كانت جنسيته استدعي ومثـل امـام السلط القضائية للدولة الطالبة كما لا يمكن ايقافه ولا تقييد حريتــه الفردية فوق تراب هاته الدولة من اجل جرائم اواحكام سابقة عـــن خروجه من تراب الدولة المطلوب منهــا .

(2) Eine Person, gleich welcher Staatsangehörigkeit, die vor die Justizbehörden des ersuchenden Staates geladen ist, um sich wegen einer ihr zur Last gelegten Handlung strafrechtlich zu verantworten, darf dort wegen nicht in der Ladung aufgeführter Handlungen oder Verurteilungen aus der Zeit vor ihrer Abreise aus dem Hoheitsgebiet des ersuchten Staates weder verfolgt noch in Haft gehalten noch einer sonstigen Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit unterworfen werden.

(3) Der in diesem Artikel vorgesehene Schutz endet, wenn der Zeuge, Sachverständige oder Beschuldigte während dreißig aufeinanderfolgender Tage, nachdem seine Anwesenheit von den Justizbehörden nicht mehr verlangt wurde, die Möglichkeit gehabt hat, das Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates zu verlassen, und trotzdem dort bleibt, oder wenn er nach Verlassen dieses Hoheitsgebietes dorthin zurückgekehrt ist.

2. Aucune personne, de quelque nationalité qu'elle soit, citée devant les autorités judiciaires de l'Etat requérant afin d'y répondre de faits pour lesquels elle fait l'objet de poursuites, ne pourra y être ni poursuivie, ni détenue, ni soumise à aucune autre restriction de sa liberté individuelle pour des faits ou condamnations antérieurs à son départ du territoire de l'Etat requis et non visés par la citation.

3. L'immunité prévue au présent article cessera lorsque le témoin, l'expert ou la personne poursuivie, ayant eu la possibilité de quitter le territoire de l'Etat requérant pendant trente jours consécutifs, après que sa présence n'était plus requise par les autorités judiciaires, sera néanmoins demeuré sur ce territoire ou y sera retourné après l'avoir quitté.

Artikel 33
Auskunft aus dem Strafregister

(1) Wird für ein Strafverfahren um Auskunft aus dem Strafregister ersucht, so wird diese Auskunft im gleichen Umfang erteilt, als ob eine Justizbehörde des ersuchten Staates sie angefordert hätte.

(2) Ersuchen eines Zivilgerichts oder einer Verwaltungsbehörde sind zu begründen. Es wird ihnen stattgegeben, soweit die innerstaatlichen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften des ersuchten Staates dies zulassen.

Article 33
Communication d'extraits du casier judiciaire

1. Les renseignements provenant du casier judiciaire, demandés dans une affaire pénale, seront communiqués dans la même mesure que s'ils étaient demandés par une autorité judiciaire de l'Etat requis.

2. Les demandes émanant d'un Tribunal civil ou d'une autorité administrative seront motivées. Il y sera donné suite dans la mesure des dispositions légales ou réglementaires internes de l'Etat requis.

Artikel 34
Form der Rechtshilfeersuchen

(1) Das Rechtshilfeersuchen muß folgende Angaben enthalten:

a) die Behörde, von der das Ersuchen ausgeht,
b) den Gegenstand und den Grund des Ersuchens,
c) soweit möglich, die Identität und die Staatsangehörigkeit der Person, gegen die sich das Verfahren richtet, und
d) soweit erforderlich, den Namen und die Anschrift des Zustellungsempfängers.

(2) Die in den Artikeln 25 und 26 erwähnten Rechtshilfeersuchen haben außerdem die dem Beschuldigten zur Last gelegte strafbare Handlung zu bezeichnen und eine kurze Darstellung des Sachverhalts zu enthalten.

(3) Das Ersuchen um Durchsuchung oder Beschlagnahme im Sinne des Artikels 26 muß mit einer Anordnung des zuständigen Richters des ersuchenden Staates versehen sein.

Article 34
Forme de la demande d'entraide judiciaire

1. La demande d'entraide devra contenir les indications suivantes:

a) l'autorité dont émane la demande,
b) l'objet et le motif de la demande,
c) dans la mesure du possible, l'identité et la nationalité de la personne en cause,
d) le nom et l'adresse du destinataire s'il y a lieu.

2. Les demandes d'entraide prévues aux articles 25 et 26 mentionneront en outre l'inculpation et contiendront un exposé sommaire des faits.

3. La demande de perquisition ou de saisie prévue à l'article 26 devra être accompagnée par un mandat du juge compétent de l'Etat requérant.

2 ـ كل شخص مهما كانت جنسيته استدعي من طرف السلط القضائية التابعة للدولة الطالبة لاستنطاقه حول افعال يجري تتبعه من اجلها لا يمكن ان يقع بتلك الدولة تتبعه ولا ايقافه ولا تقييد حريته الفردية باية طريقة اخرى من اجل افعال او احكام سابقة عن خروجه من تراب الدولة المطلوب منها وغير منصوص عليها بالاستدعاء .

3 ـ تنتهي الحصانة التي جاء بها هذا الفصل بعد مرور ثلاثين يوما متوالية على التاريخ الذي يصبح فيه حضور الشاهد او الخبير او الشخص الواقع تتبعه غير مطالب به من السلطات القضائية بعد ان توفرت لديه وسائل الخروج من تراب الدولة الطالبة وبقي بعد ذلك بترابها او رجع اليه بعد مغادرته .

الفصل 33 : توجيه مضامين من صحائف السوابق العدلية :

1 ـ ان الارشادات الموجودة بصحائف السوابق العدلية المطلوبة في شان قضية جزائية توجه بنفس الشروط التي توجه بها لو طلبتها سلطة قضائية بالدولة المطلوب منها .

2 ـ المطالب الواردة من المحكمة المدنية او السلط الادارية تكون معللة ويجاب لهذا الطلب بقدر ما تسمح بذلك اقتضيات التشريعية والتراتيب الداخلية للدولة المطلوب منها .

الفصل 34 : شكل طلبات التعاون القضائي :

1 ـ ينبغي ان يبين بطلب التعاون القضائي ما يلي :

أ ـ السلطة الصادر منها الطلب

ب ـ موضوع الطلب وسببه

ج ـ هوية الشخص المعني وجنسيته بقدر الامكان

د ـ اسم وعنوان الموجه اليه عند الاقتضاء

2 ـ ويذكر بطلبات التعاون المشار اليها بالفصلين 25 و 26 زيادة على ذلك التهمة مع ملخص الوقائع .

3 ـ اما طلبات التفتيش او الحجز المشار اليهما بالفصل 26 فينبغي ان تكون مصحوبة بانابة من الحاكم المختص في الدولة الطالبة .

Artikel 35

Geschäftsweg

(1) Das Rechtshilfeersuchen und seine Erledigungsstücke werden auf diplomatischem Wege übermittelt.

(2) In Strafverfahren, mit denen die Polizei befaßt ist und in denen nur Auskünfte oder Vernehmungen durch die Polizei erforderlich sind, oder in dringenden Fällen können die Rechtshilfeersuchen unmittelbar zwischen dem Bundeskriminalamt in Wiesbaden und der Direction de la Sûreté Nationale in Tunis übermittelt werden.

Article 35

Voie à suivre

1. La demande d'entraide et les pièces relatives à son exécution seront transmises par la voie diplomatique.

2. Dans les affaires pénales dont la police est saisie et qui nécessitent seulement des renseignements ou des interrogatoires de la part de la police ou en cas d'urgence, les demandes d'entraide judiciaire peuvent faire l'objet de communications directes entre la Direction de la Sûreté Nationale à Tunis et le Bundeskriminalamt à Wiesbaden.

Artikel 36

Mitteilung von Verhaftungen

(1) Wird ein Tunesier im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland verhaftet, so verständigt die zuständige deutsche Behörde unverzüglich die Botschaft der Tunesischen Republik oder deren nächstgelegenes Konsulat.

Wird ein Deutscher im Hoheitsgebiet der Tunesischen Republik verhaftet, so verständigt die zuständige tunesische Behörde unverzüglich die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland oder deren nächstgelegenes Konsulat.

(2) Jeder Staat benachrichtigt den anderen Staat auf diplomatischem Wege von den gegen einen Staatsangehörigen dieses anderen Staates ergangenen Entscheidungen. Auf ausdrückliches Verlangen übermittelt er eine Abschrift der Entscheidung.

Article 36

Information en cas d'arrestation

1. Si un Tunisien est arrêté sur le territoire de la République Fédérale d'Allemagne, l'autorité compétente allemande informera immédiatement l'Ambassade de la République Tunisienne ou son Consulat le plus proche.

Si un Allemand est arrêté sur le territoire de la République Tunisienne, l'autorité compétente tunisienne informera immédiatement l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne ou son Consulat le plus proche.

2. Chaque Etat communiquera par la voie diplomatique à l'autre Etat les décisions intervenues à l'égard d'un national de ce dernier. Sur demande expresse, il sera envoyé une copie de la décision intervenue.

Artikel 37

Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung

(1) Ein Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung wird auf diplomatischem Wege übermittelt.

(2) Werden die dem Ersuchen zugrunde liegenden Handlungen von den Justizbehörden des ersuchten Staates als Übertretung gewürdigt, so ist die Strafverfolgung ebenfalls zulässig.

(3) Hinsichtlich der Verfolgung von Verkehrsstraftaten ist das Recht des ersuchten Staates anwendbar, wobei nur die am Begehungsort geltenden Verkehrsvorschriften in Betracht gezogen werden.

Article 37

Dénonciation des faits

1. Toute dénonciation sera transmise par la voie diplomatique.

2. Si les faits motivant la dénonciation sont considérés par les autorités judiciaires de l'Etat requis comme une contravention, la poursuite est aussi permise.

3. Aux fins de poursuite d'une infraction routière, le droit de l'Etat requis sera applicable, étant entendu que les seules règles de circulation prises en considération seront celles en vigueur au lieu de l'infraction.

Artikel 38

Austausch von Strafnachrichten

Jede Vertragspartei benachrichtigt die andere Partei von allen deren Staatsangehörige betreffenden strafrechtlichen Verurteilungen und nachfolgenden Maßnahmen, die in das Strafregister eingetragen worden sind. Die Justizministerien übermitteln einander diese Nachrichten mindestens einmal jährlich.

Article 38

Echange d'avis de condamnation

Chacune des Parties Contractantes donnera à la Partie intéressée avis des sentences pénales et des mesures postérieures qui concernent les nationaux de cette Partie et ont fait l'objet d'une inscription au casier judiciaire. Les Ministères de la Justice se communiqueront ces avis au moins une fois par an.

الفصل 35 : الطريق المتبع :

1 ـ يوجه طلب التعاون مع الاوراق المتعلقة بتنفيذه بالطريق الديبلوماسي .

2 ـ في القضايا الجزائية المكلفة بها الشرطة والتي لا تستلزم الا طلب الارشادات او القاء الاسئلة من طرف الشرطة وكذلك في حالة التاكد يقع توجيه طلبات التعاون القضائي عندئذ راسا بين البوديسكريمينالمت (BANDESKRIMINALAMT) بمدينة ويس بادن وادارة الامن الوطني بتونس .

الفصل 36 : الاعلام عند الايقاف :

1 ـ عند القاء القبض على تونسي بتراب الجمهورية الفيديرالية الالمانية فان السلطة المختصة الالمانية تعلم بذلك حالا سفارة الجمهورية التونسية او اقرب تنصلية لها .

واذا القي القبض على الماني بتراب الجمهورية التونسية فان السلطة التونسية المختصة تعلم بذلك حالا سفارة الجمهورية الفيديرالية الالمانية او اقرب تنصلية لها .

2 ـ ترسل كل دولة بالطريق الديبلوماسي للدولة الاخرى القرارات المتخذة ضد احد مواطني هذه الدولة وعند الطلب الصريح توجه نسخة من القرار المتخذ .

الفصل 37 : الاعلام بالوقائع :

1 ـ يقع توجيه جميع الاعلامات بالطريق الديبلوماسي .

2 ـ ويكون التتبع ممكنا اذا كانت الوقائع المشبهة في الاعلام تعتبرها السلط القضائية في الدولة المطلوب منها من قبيل المخالفات .

3 ـ اذا كان التتبع من اجل مخالفة لقانون الطرقات فان قانون الدولة المطلوب منها يكون منطبقا مع الاشارة الى ان قواعد الجولان الجاري بها العمل بمكان الحادث تكون هي فقط المعتبرة .

الفصل 38 : تبادل الاعلام بالاحكام :

يعلم كل واحد من الطرفين المتعاقدين الطرف الذي يهمه الامر بالاحكام الجزائية والاجراءات اللاحقة التي تهم مواطني هذا الطرف ووقع ترسيمها بصحيفة السوابق العدلية . ويتراسل وزيرا العدل في شان هذه الاعلامات على الاقل مرة في السنة .

Artikel 39

Erweiterte Anwendung

Dieser Teil findet auch Anwendung, wenn sich die Rechtshilfe auf Gnadenverfahren bezieht.

Article 39

Application élargie

Les dispositions de ce titre du présent Traité s'appliquent également quand l'entraide judiciaire est relative aux procédures de grâce.

TEIL III

Schlußbestimmungen

Artikel 40

Übersetzungen

Den Ersuchen und den sonstigen Schriftstücken ist eine Übersetzung in die französische Sprache beizufügen; sie ist mit dem Amtssiegel zu versehen.

Artikel 41

Beglaubigung

Die in Anwendung dieses Vertrags übermittelten Unterlagen und Schriftstücke bedürfen keiner Beglaubigung oder Legalisation.

Artikel 42

Kosten

Die Vertragsparteien verzichten auf die Erstattung der durch eine Auslieferung oder Rechtshilfe nach den Bestimmungen dieses Vertrags entstandenen Kosten. Die Kosten einer Durchlieferung oder eines Sachverständigengutachtens werden gegen Vorlage der Belege erstattet.

Artikel 43

Bestimmung des Begriffs „Maßregel der Sicherung und Besserung"

Im Sinne dieses Vertrags bedeutet der Ausdruck „Maßregel der Sicherung und Besserung" jede Maßnahme der Freiheitsentziehung, die durch Entscheidung eines Strafgerichts neben oder an Stelle einer Strafe angeordnet wird.

Artikel 44

Anwendungsbereich

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Tunesischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 45

Ratifikation; Inkrafttreten; Kündigung

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Tunis ausgetauscht.

TITRE III

Dispositions finales

Article 40

Traduction

Les demandes et les autres documents seront accompagnés d'une traduction en français, munie du sceau officiel.

Article 41

Légalisation

Les pièces et documents transmis en application du présent Traité seront dispensés de toutes formalités de légalisation.

Article 42

Frais

Les Parties Contractantes renonceront au remboursement des frais occasionnés par l'extradition ou par l'entraide conformément aux dispositions du présent Traité. Les frais de transit ou d'expertise seront remboursés sur production des pièces justificatives.

Article 43

Définition des mesures de sûreté

Au sens du présent Traité, l'expression « mesures de sûreté » désigne toutes mesures privatives de liberté qui ont été ordonnées en complément ou en substitution d'une peine, par sentence d'une juridiction pénale.

Article 44

Champ d'application

Le présent Traité s'appliquera également au Land Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République Tunisienne dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Traité.

Article 45

Ratification, entrée en vigueur et dénonciation

1. Le présent Traité sera ratifié; les instruments de ratification seront échangés aussitôt que possible à Tunis.

الفصل 39 : توسع في التطبيق :

ان احكام هذا الباب من هذه الاتفاقية تنطبق كذلك عندما يكون التعاون القضائي يتعلق باجراءات العفو الخاص .

العنوان الثالث
احكام ختامية

الفصل 40 : الترجمة :

تكون الطلبات وغيرها من الوثائق مصحوبة بترجمتها للفرنسية ومختومة بختم رسمي .

الفصل 41 : التصديق :

تعفى الاوراق والوثائق الموجهة تنفيذا لهذه الاتفاقية من شكليات التصديق .

الفصل 42 : المصاريف :

تعدل الدولتان المتعاقدتان عن استرجاع المصاريف الناتجة عن تسليم المجرمين او عن التعاون الواقع وفقا لاحكام هذه الاتفاقية . اما مصاريف العبور او الاختبار فيقع دفعها عند تقديم المؤيدات .

الفصل 43 : تعريف الوسائل الوقائية :

يقصد في هذه الاتفاقية من عبارة " الوسائل الوقائية " جميع التدابير السالبة للحرية المقررة بمقتضى حكم من محكمة جزائية كتكملة للعقاب او عوض عنه .

الفصل 44 : ميدان التطبيق :

يسري مفعول هذه الاتفاقية كذلك على قطاع برلين الا اذا اعلمت حكومة الجمهورية الفيديرالية الالمانية حكومة الجمهورية التونسية بما يخالف ذلك في اجل قدره ثلاثة اشهر من تاريخ دخول هذه الاتفاقية حيز التطبيق .

الفصل 45 : المصادقة وبداية العمل واعلان الابطال :

1 ـ تقع المصادقة على هذه الاتفاقية ويقع تبادل وثائق المصادقة في اقرب وقت ممكن بتونس .

(2) Dieser Vertrag tritt dreißig Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Jeder der beiden Staaten kann den Vertrag kündigen. Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Zeitpunkt wirksam, an dem sie dem anderen Staat notifiziert wurde.

2. Le présent Traité entrera en vigueur trente jours après l'échange des instruments de ratification.

3. Le présent Traité pourra être dénoncé par chacun des deux Etats. La dénonciation prendra effet un an après la date à laquelle elle aura été notifiée à l'autre Etat.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am 19. Juli 1966 in sechs Urschriften, je zwei in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Bei Abweichungen zwischen dem deutschen und dem arabischen Wortlaut ist der französische Wortlaut maßgebend.

EN FOI DE QUOI les Plénipotentiaires ont signé le présent Traité et y ont apposé leur sceau.

FAIT à Bonn le 19 juillet 1966 en six originaux, dont deux en langue allemande, deux en langue arabe et deux en langue française, chacun des six textes faisant également foi. En cas de divergence entre les textes allemand et arabe, le texte français prévaudra.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Schröder

Für die Tunesische Republik:
Habib Bourguiba jr.

Pour la
République Fédérale d'Allemagne:
Schröder

Pour la République Tunisienne:
Habib Bourguiba jr.

Zusatzprotokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik über die Auslieferung und die Rechtshilfe in Strafsachen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten folgendes vereinbart:

Teil II dieses Vertrags findet ebenfalls Anwendung, wenn das Rechtshilfeersuchen sich auf ein Verfahren wegen Handlungen bezieht, die nach deutschem Recht nur mit Geldbuße bedroht sind (Ordnungswidrigkeiten).

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Schröder

Für die Tunesische Republik:
Habib Bourguiba jr.

Protocole Additionnel

Au moment de signer le Traité sur l'extradition et l'entraide judiciaire en matière pénale entre la République Fédérale d'Allemagne et la République Tunisienne, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus de ce qui suit:

Le titre II du présent Traité est également applicable si la demande d'entraide judiciaire se rapporte à une procédure pour des faits qui sont sanctionnés, selon la législation allemande, seulement par une amende (Ordnungswidrigkeiten).

Pour la
République Fédérale d'Allemagne:
Schröder

Pour la République Tunisienne:
Habib Bourguiba jr.

2 ـ تصبح هذه الاتفاقية نافذة بعد انقضاء ثلاثين يوما من تاريخ تبادل وثائق المصادقة .

3 ـ لكل من الدولتين ان تعلن عن رغبتها في انهاء العمل بهذه الاتفاقية ويتم انهاء العمل حينئذ بعد مرور عام على تاريخ اعلام الدولة الاخرى به .

وبناء على ذلك وقع المفوضان هذه الاتفاقية وختماها بطابعيهما

وحرر بتونس يوم 19 جويلية 1966

في ست نسخ اصلية اثنتان منها باللغة الالمانية واثنتان باللغة العربية واثنتان باللغة الفرنسية تعتبر كل منها رسمية على التساوي وعند التناقض بين النصين الالماني والعربي يعتمد النص الفرنسي

عن الجمهورية الفيدرالية الالمانية	عن الجمهورية التونسية

بروتوكول اضافي

اثناء التوقيع على الاتفاقية المتعلقة بتسليم المجرمين والتعاون القضائي في المادة الجزائية والمدنية بين الجمهورية الفيدرالية الالمانية والجمهورية التونسية اتفق المفوضان الممضيان اسفله على ما يلي :

يكون العنوان الثاني من هذه الاتفاقية كذلك قابلا للتطبيق اذا كان طلب التعاون القضائي يتعلق بتتبع من اجل افعال يعاقب عليها حسب التشريع الالماني بخطية فحسب .

عن الجمهورية الفيدرالية الالمانية	عن الجمهورية التونسية

Denkschrift

I. Allgemeines

Nach ersten Erörterungen im Jahre 1957 teilte die Regierung der Tunesischen Republik im Februar 1964 mit, daß sie in Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-tunesischen Vertrages über die Auslieferung und die Rechtshilfe in Strafsachen einzutreten wünsche. Da eine vertragliche Regelung des deutsch-tunesischen Auslieferungs- und Rechtshilfeverkehrs bisher nicht bestand, hat sich die Bundesregierung zur Beseitigung der mit dem vertraglosen Zustand verbundenen Unsicherheiten bereit erklärt, dem tunesischen Wunsch zu entsprechen. Die ersten Verhandlungen fanden in der Zeit vom 11. Januar bis 23. Januar 1965 in Tunis statt. Der dabei erarbeitete Entwurf wurde in weiteren Verhandlungen am 23. Juni 1965 in Bonn abschließend beraten. Am 19. Juli 1966 ist der Vertrag in Bonn unterzeichnet worden.

Verhandlungsgrundlage waren das Europäische Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957 und das Europäische Übereinkommen vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen (Bundesgesetzbl. 1964 II S. 1369) sowie ein auf Grund dieser Übereinkommen erarbeiteter Vertragsentwurf. Es ist gelungen, den Vertrag in weiten Teilen den genannten Europäischen Übereinkommen anzugleichen. Die von den Landesjustizverwaltungen zu den Entwürfen vorgebrachten Anregungen konnten bei der endgültigen Fassung weitgehend berücksichtigt werden.

Der Vertrag behandelt in Teil I die Auslieferung und Durchlieferung von Rechtsbrechern und in Teil II die sonstige Rechtshilfe in Strafsachen.

II. Besonderes

Zu Teil I Auslieferung

Zu Artikel 1

Diese Vorschrift, die mit Artikel 1 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens übereinstimmt, verpflichtet die beiden Vertragsparteien, in allen Fällen eine strafrechtlich verfolgte Person auszuliefern, sofern der Vertrag keine ausdrücklichen Ausnahmen vorsieht. Der Ausdruck „Maßregel der Sicherung und Besserung" ist in Artikel 43 dieses Vertrages erläutert.

Zu Artikel 2

In Übereinstimmung mit Artikel 2 Abs. 1 Satz 1 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens sind alle strafbaren Handlungen von einer gewissen Schwere auslieferungsfähig. Voraussetzung ist, daß sie in jedem der beiden vertragschließenden Staaten im Höchstmaß mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr oder mit einer schwereren Strafe bedroht sind.

Mit dieser Vorschrift ist der Eliminationsmethode gegenüber der sogenannten Enumerationsmethode (Aufzählung einzelner Straftatbestände) der Vorrang eingeräumt. Die gewählte Regelung verdient schon deswegen den Vorzug, weil sie den Auslieferungsverkehr wesentlich vereinfacht, in dem sie bei neueingeführten Straftatbeständen die Zusicherung der künftigen Gegenseitigkeit entbehrlich macht.

Auslieferungen zur Vollstreckung eines Strafurteils sind nur zulässig, wenn die verhängte Strafe oder Maßregel der Sicherung und Besserung mindestens vier Monate beträgt. Im Gegensatz zu manchen anderen Verträgen ist danach nicht die noch zu vollstreckende, sondern die im Urteil ausgesprochene Freiheitsentziehung maßgebend (vgl. Artikel 2 Abs. 1 Satz 2 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens).

Nach Absatz 2 kann der ersuchte Staat die Auslieferung auch für solche strafbaren Handlungen bewilligen, die wegen der Höhe der Strafandrohung oder der noch zu verbüßenden Freiheitsstrafe oder Maßregel der Sicherung und Besserung nicht selbständig auslieferungsfähig sind, wenn die Auslieferung wegen eines anderen, selbständig auslieferungsfähigen Delikts bewilligt wird oder bewilligt worden ist (vgl. Artikel 2 Abs. 2 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens).

Zu Artikel 3

Politische Straftaten sind nicht auslieferungsfähig. Ob eine strafbare Handlung eine politische Straftat ist oder mit einer solchen zusammenhängt, entscheidet ausschließlich der ersuchte Staat. Absatz 1 entspricht Artikel 3 Abs. 1 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens.

Die in Absatz 2 enthaltene Bestimmung, daß verfolgte Personen vor rassischer, religiöser, politischer und vor Verfolgung aus Gründen der Nationalität unter dem Vorwand der Verfolgung wegen eines gemeinen Delikts zu schützen seien, entspricht Artikel 3 Abs. 2 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens.

Die Attentatsklausel in Absatz 3 ist weiter gefaßt als die des Artikels 3 Abs. 3 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens, indem sie sich auch auf Attentate gegen Regierungsmitglieder erstreckt. Hierzu gehören auf deutscher Seite nur die Mitglieder der Bundesregierung.

Zu Artikel 4

Eine rein militärische Straftat ist nicht auslieferungsfähig. Ist die militärische Straftat zugleich eine strafbare Handlung nach gemeinem Recht, dann muß, sofern die sonstigen Voraussetzungen vorliegen, die Auslieferung bewilligt werden. Die Regelung entspricht inhaltlich dem Artikel 4 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens.

Zu Artikel 5

Die Auslieferung wegen fiskalischer Straftaten ist wie in Artikel 5 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens geregelt. Fiskalische Straftaten sind nur im Umfange einer besonders abzuschließenden Vereinbarung auslieferungsfähig. Wird eine solche Vereinbarung geschlossen, findet im übrigen dieser Vertrag Anwendung.

Zu Artikel 6

Nach dieser Bestimmung ist die Auslieferung von deutschen Staatsangehörigen und von Deutschen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen (Artikel 16 Abs. 2 Satz 1, Artikel 116 des Grundgesetzes), ausgeschlossen. Ferner können politisch Verfolgte nicht ausgeliefert werden (Artikel 16 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes).

Kommt eine Auslieferung aus den Gründen des Absatzes 1 nicht in Betracht, so ist der ersuchte Staat auf Verlangen des ersuchenden Staates verpflichtet, die ihm von dem ersuchenden Staat kostenlos übermittelten Unterlagen seinen zuständigen Strafverfolgungsbehörden zur etwaigen Einleitung eines Strafverfahrens zu unterbreiten. Dem ersuchenden Staat ist von der Entschließung der Strafverfolgungsbehörden Kenntnis zu geben (vgl. Artikel 6 Abs. 2 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens).

Zu Artikel 7

Der Grundsatz, daß niemand wegen einer strafbaren Handlung zweimal verurteilt werden darf, hat international noch keine allgemeine Anerkennung gefunden. Deshalb bedurfte es der ausdrücklichen Bestimmung, daß eine Auslieferung nicht stattfindet, wenn im ersuchten Staat wegen der dem Ersuchen zugrunde liegenden Tat ein rechtskräftiges Urteil ergangen ist.

Entsprechend der internationalen Übung stellt die Verjährung einer Straftat nach dem Recht des ersuchenden oder des ersuchten Staates stets ein Auslieferungshindernis dar.

Nach § 4 Nr. 2 des deutschen Auslieferungsgesetzes — DAG — ist eine Auslieferung unzulässig, wenn in Deutschland ein Straffreiheitsgesetz erlassen worden ist, das bei sinngemäßer Umstellung des Sachverhalts der im Ausland begangenen Tat diese erfassen würde. Eine Amnestie im ersuchten Staat sollte jedoch nicht jede Auslieferungsmöglichkeit unterbinden. In aller Regel wird eine Amnestie aus nationalen Gründen erlassen; sie kann sich, mit Ausnahme der in § 4 Abs. 2 und 3 StGB aufgeführten Fälle, aus hoheitsrechtlichen Gründen niemals auf eine von Ausländern im Ausland begangene Tat erstrecken. Durch die getroffene Vereinbarung soll auch eine mittelbare Auswirkung einer Amnestie auf die Auslandstat eines Ausländers vermieden werden. Nur im Falle der konkurrierenden Gerichtsbarkeit beider Staaten steht eine Amnestie einer Auslieferung entgegen. Artikel 8 ändert insoweit § 4 Nr. 2 DAG ab (vgl. Artikel 8 des deutsch-österreichischen Auslieferungsvertrages). Das Europäische Auslieferungsübereinkommen enthält eine entsprechende Bestimmung deswegen nicht, weil nach Auffassung der Mehrheit der an dem Übereinkommen beteiligten Regierungen eine Amnestie selbst bei konkurrierender Gerichtsbarkeit die Auslieferung nicht hindert.

Zu Artikel 8

Ist die dem Auslieferungsersuchen zugrunde liegende strafbare Handlung auf dem Gebiete des ersuchten Staates begangen worden oder führt der ersuchte Staat selbst eine Strafverfolgung wegen dieser Tat durch, hat er die Möglichkeit, die Auslieferung abzulehnen. Wenn jedoch besondere Gründe für eine Aburteilung durch den ersuchenden Staat sprechen, kann die Auslieferung auch bewilligt werden. Das kann z. B. dann angezeigt sein, wenn sich die Beweismittel vorwiegend im ersuchenden Staat befinden oder eine Resozialisierung des Verfolgten im ersuchenden Staat eher zu erwarten ist (vgl. Artikel 7 Abs. 1 und Artikel 8 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens).

Zu Artikel 9

Die vertragschließenden Regierungen hielten es für angezeigt, ausdrücklich festzustellen, daß das Vorliegen eines Strafantrags nicht geprüft werden soll, wenn eine dem Auslieferungsersuchen zugrunde liegende strafbare Handlung nach dem Recht eines der beiden Staaten nur auf Antrag verfolgt werden kann. Die Vorschrift entspricht Artikel 10 des deutsch-österreichischen Auslieferungsvertrages vom 22. September 1958 (Bundesgesetzbl. 1960 II S. 1341).

Zu Artikel 10

In Tunesien ist im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland die Todesstrafe möglich. Es ist deshalb vereinbart worden, daß in Fällen, in denen der Verfolgte im ersuchenden Staat die Todesstrafe zu erwarten hat, die Regierung dieses Staates ihrer zuständigen Behörde empfehlen muß, die erkannte Todesstrafe in eine Freiheitsstrafe umzuwandeln. Dem deutschen Wunsch, eine Regelung zu treffen, die dem Artikel 102 Grundgesetz auch über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinaus Rechnung trägt, vermochte die tunesische Regierung nicht weiter entgegenzukommen, weil sie sich nicht in der Lage sah, den Gnadenträger zum Erlaß einer bestimmten Gnadenentscheidung zu verpflichten.

Zu Artikel 11

Für den gesamten Schriftverkehr ist der diplomatische Weg vorgesehen.

Die Vorschriften über die einem Auslieferungsersuchen beizufügenden Unterlagen entsprechen den Bestimmungen des Artikels 12 Abs. 2 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens. Der Beifügung von Beweisunterlagen über den Tatverdacht bedarf es nicht.

Zu Artikel 12

Auslieferungsersuchen sollen mit Rücksicht auf die im internationalen Verkehr gepflogene Höflichkeit nicht deswegen zurückgewiesen werden, weil die Auslieferungsunterlagen unzureichend sind. Vielmehr soll dem ersuchenden Staat Gelegenheit gegeben werden, die notwendigen ergänzenden Auskünfte zu erteilen. Zur Vermeidung einer übermäßigen Verzögerung des Verfahrens und einer unzumutbaren Verlängerung der Haft des Verfolgten kann für die Nachreichung von Unterlagen eine Frist gesetzt werden.

Zu Artikel 13

Dieser Artikel enthält den das internationale Auslieferungsrecht beherrschenden Grundsatz der Spezialität. Hiernach darf der Verfolgte nur wegen der Tat, die in dem Auslieferungsersuchen erwähnt und wegen der die Auslieferung bewilligt worden ist, abgeurteilt werden. Wegen anderer vor Verlassen des Hoheitsgebietes des ersuchenden Staates begangener Straftaten genießt der Verfolgte das sogenannte „freie Geleit". Die weitgehende Fassung des Absatzes 1 gilt auch für denkbare Beeinträchtigungen der persönlichen Freiheit durch die Verwaltungsbehörden.

Jedoch ist der ersuchte Staat verpflichtet, der Strafverfolgung oder Strafvollstreckung des Ausgelieferten wegen weiterer Straftaten zuzustimmen, wenn er die Auslieferung wegen dieser Taten hätte bewilligen müssen. Die mit den übrigen Unterlagen vorzulegende gerichtliche Niederschrift über die Erklärung des Ausgelieferten soll sicherstellen, daß ihm vor der Stellung des Ersuchens um Zustimmung zur weiteren Strafverfolgung oder Strafvollstreckung das rechtliche Gehör gewährt wird.

Der Grundsatz der Spezialität verlangt auch Beachtung, wenn nach der Auslieferung festgestellt wird, daß der Sachverhalt rechtlich anders zu würdigen ist als im Auslieferungsersuchen. Die Strafverfolgung und Aburteilung wegen dieser Tat hängt davon ab, ob sie aus der Sicht des ersuchten Staates auslieferungsfähig geblieben ist.

Ändert sich im Verlauf des Verfahrens der Tathergang gegenüber der Sachdarstellung in dem Auslieferungsersuchen, so muß der ersuchende Staat die Zustimmung des ersuchten Staates zur weiteren Strafverfolgung gemäß Absatz 1 Buchstabe a einholen.

Artikel 13 deckt sich mit Artikel 14 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens.

Zu Artikel 14

Der Grundsatz der Spezialität beherrscht auch die Weiterlieferung an einen dritten Staat. Sie bedarf der Zustimmung des ersuchten Staates sofern nicht die Schutzfrist nach Artikel 13 Abs. 1 Buchstabe b abgelaufen ist.

Zu Artikel 15

Diese Vorschrift regelt die Anordnung der vorläufigen Auslieferungshaft in Übereinstimmung mit Artikel 16 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens.

Ob einem tunesischen Ersuchen um vorläufige Inhaftnahme eines Verfolgten entsprochen werden kann, richtet sich nach § 10 DAG. Liegen dessen Voraussetzungen vor, ist dem Ersuchen um vorläufige Inhaftnahme grundsätzlich zu entsprechen.

Die Auslieferungsunterlagen müssen möglichst innerhalb von 20 Tagen nach der Inhaftnahme dem ersuchten Staat zugehen. Nach Ablauf dieser Frist kann der ersuchte Staat den Verfolgten wieder freilassen. Die Höchstdauer der vorläufigen Auslieferungshaft ist auf 40 Tage begrenzt. Nach 40 Tagen muß der Verfolgte freigelassen werden, es sei denn, daß er zur Durchführung eines innerstaatlichen Verfahrens in Untersuchungshaft genommen wird. Da Absatz 1 in gewissem Umfang die Verpflichtung des ersuchten Staates zur Inhaftnahme begründet, ist in Absatz 4 Satz 2 ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß von einer Auslieferungshaft abgesehen werden kann, wenn der ersuchte Staat andere Maßnahmen für ausreichend hält, um eine Flucht des Verfolgten zu verhindern.

Eine Entlassung aus der vorläufigen Auslieferungshaft wegen Fristablaufs hindert nicht die Auslieferungshaft selbst, wenn ein ordnungsgemäßes Auslieferungsersuchen eingeht.

Zu Artikel 16

Diese Bestimmung regelt die Fälle, in denen von mehreren Staaten um die Auslieferung derselben Person ersucht wird. Es liegt im Ermessen des ersuchten Staates, an wen er ausliefern will. Bei seiner Wahl hat er die beispielhaft erwähnten besonderen Umstände zu berücksichtigen.

Zu Artikel 17

Die in dieser Bestimmung getroffene Regelung entspricht dem Artikel 18 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens.

Von wesentlicher Bedeutung ist Absatz 2, wonach jede Ablehnung zu begründen ist. Damit wird dem ersuchenden Staat die Möglichkeit gegeben, entweder Gegenvorstellungen zu erheben oder die Ablehnungsgründe bei späteren Auslieferungsersuchen zu berücksichtigen.

Die Mitteilung über die Dauer der von dem Verfolgten erlittenen Auslieferungshaft soll den Gerichten des ersuchenden Staates die Möglichkeit geben, die Auslieferungshaft im Urteilsausspruch zu berücksichtigen. Ferner soll sie bei Auslieferungen zur Strafvollstreckung den Vollstreckungsbehörden als Unterlage für eine etwaige Herabsetzung der noch zu verbüßenden Strafe dienen.

Im Interesse des Verfolgten enthält Absatz 4 Fristbestimmungen für eine Übergabe. Ist er nach fruchtlosem Ablauf der Frist, spätestens nach Ablauf von 30 Tagen nach dem für die Übergabe vorgesehenen Zeitpunkt freigelassen worden, dann kann der ersuchte Staat jedes Auslieferungsersuchen in derselben Sache ohne nähere Prüfung ablehnen. Der ersuchende Staat hat demgegenüber nach Absatz 5 die Möglichkeit, mit dem ersuchten Staat einen neuen Zeitpunkt für die Übergabe zu vereinbaren, falls eine rechtzeitige Übergabe des Verfolgten durch höhere Gewalt (Eisenbahnerstreik, Transportunfähigkeit infolge Krankheit u. ä.) unmöglich wird.

Zu Artikel 18

Nach Absatz 1 kann aus den dort angeführten Gründen der ersuchte Staat zwar nicht die Entscheidung über das Auslieferungsersuchen, wohl aber den Vollzug der Auslieferung zeitlich hinausschieben. Um zu verhindern, daß durch den Aufschub der Übergabe das im ersuchenden Staat gegen den Verfolgten anhängige Strafverfahren über Gebühr verzögert oder erschwert wird, ist die Möglichkeit vorgesehen, den

Verfolgten dem ersuchenden Staat für die Durchführung einer Prozeßhandlung, z. B. einer Hauptverhandlung vorübergehend zur Verfügung zu stellen. Der Verfolgte muß anschließend ohne Rücksicht auf seine Staatsangehörigkeit wieder an den ersuchten Staat zurückgeliefert werden. Die Rücküberstellung eines aus Tunesien vorübergehend ausgelieferten deutschen Staatsangehörigen an die tunesischen Behörden ist keine Auslieferung nach Artikel 16 Abs. 2 Satz 1 GG (Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 3. März 1954 — Amtliche Sammlung Bd. 5 S. 396 ff.).

Zu Artikel 19

Im Zusammenhang mit einem Auslieferungsverfahren hat der ersuchte Staat dem ersuchenden Staat die Gegenstände herauszugeben, die als Beweisstücke dienen können oder aus der strafbaren Handlung herrühren. Ohne Bedeutung ist es, ob diese Gegenstände sich im Zeitpunkt der Festnahme im Besitz des Verfolgten befunden haben oder ob sie später entdeckt worden sind. Voraussetzung der Herausgabe ist, daß der ersuchende Staat ausdrücklich die Herausgabe der Gegenstände verlangt.

Die Herausgabe findet auch dann statt, wenn die Auslieferung aus tatsächlichen Gründen nicht vollzogen werden kann.

Durch die in den Absätzen 3 und 4 getroffenen Regelungen ist sichergestellt, daß ein Ausgleich zwischen den berechtigten privaten und den öffentlichen Interessen sowie den Interessen der beteiligten Staaten herbeigeführt werden kann.

Zu Artikel 20

Das Recht der Durchlieferung folgt in vollem Umfange dem Recht der Auslieferung. Die Anforderungen an die Zulässigkeit einer Durchlieferung sind infolgedessen strenger, als sie in dem vergleichbaren Artikel 21 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens festgelegt sind.

Zu Artikel 21

Die Vorschriften über die Beförderung des Verfolgten auf dem Luftwege entsprechen den Regelungen des Artikels 21 Abs. 4 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens. Da die Beförderung auf dem Luftwege zwischen den Vertragspartnern mangels Übergabe des Verfolgten in die Hoheitsgewalt des überflogenen Staates nicht als eine echte Durchlieferung angesehen wird, bedarf es bei der unvorhergesehenen Zwischenlandung statt eines formellen Durchlieferungsersuchens eines Auslieferungsersuchens.

Zu Teil II Sonstige Rechtshilfe

Zu Artikel 22

Diese Vorschrift enthält die grundsätzliche Verpflichtung der beiden Vertragsstaaten, einander Rechtshilfe in Strafsachen zu leisten. Der Vertrag erfaßt nicht Verwaltungs- und Disziplinarstrafsachen; dagegen erstreckt er sich nach Artikel 39 auf Gnadensachen sowie nach dem Zusatzprotokoll auch auf Verfahren wegen Ordnungswidrigkeiten. Entsprechend der Regelung in Artikel 1 des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 (Bundesgesetzbl. 1964 II S. 1369, 1386) ist auch hier bestimmt, daß Rechtshilfe durch Vollstreckung eines Straferkenntnisses oder von Maßregeln der Sicherung und Besserung nicht geleistet wird. Die Zustellung einer Aufforderung zum Strafantritt oder zur Zahlung einer Geldstrafe ist noch keine Vollstreckungshandlung.

Zu Artikel 23

Rechtshilfe ist ausgeschlossen für Strafverfahren, die politische oder rein militärische Straftaten zum Gegenstand haben. Ob diese Voraussetzungen vorliegen entscheidet ausschließlich der ersuchte Staat. Wegen fiskalischer Straftaten muß Rechtshilfe geleistet werden, sofern nicht die allgemeine Ausnahmeklausel unter Buchstabe b eingreift.

Das früher übliche Prinzip der beiderseitigen Strafbarkeit ist grundsätzlich aufgegeben worden. Nur im Falle des Artikels 26 muß die strafbare Handlung, die Anlaß zu dem Rechtshilfeersuchen gegeben hat, auch nach dem Recht des ersuchten Staates strafbar sein. Darauf, daß die strafbare Handlung auch nach dem Recht beider Staaten verfolgbar ist, kommt es in keinem Falle an.

Zu Artikel 24

Jede, auch nur teilweise, Ablehnung eines Rechtshilfeersuchens bedarf der Begründung, die mitgeteilt werden muß. Bei einer Ablehnung nach Artikel 23 genügt es, dem ersuchenden Staat mitzuteilen, daß die dem Ersuchen zugrunde liegende Handlung als eine politische oder eine mit einer solchen im Zusammenhang stehende oder als eine militärische strafbare Handlung angesehen wird oder daß die Beeinträchtigung wesentlicher Interessen durch die Leistung der Rechtshilfe befürchtet wird.

Zu Artikel 25

Bei der Erledigung eines Rechtshilfeersuchens wird grundsätzlich das Recht des ersuchten Staates angewendet. Es soll indes dem ersuchenden Staat nicht die Möglichkeit genommen sein, in besonders gelagerten Rechtshilfefällen abweichende Wünsche zu äußern. Dem abweichenden Wunsch soll entsprochen werden, sofern dies nicht dem Recht des ersuchten Staates zuwiderläuft.

Zu Artikel 26

Während im allgemeinen die beiderseitige Strafbarkeit keine Voraussetzung für die Rechtshilfeleistung ist, soll einem Ersuchen um Durchsuchung oder Beschlagnahme wegen der Schwere der mit solchen Maßnahmen verbundenen Eingriffe nur stattgegeben werden, wenn die Tat, die Anlaß zu dem Rechtshilfeersuchen gegeben hat, auch nach dem Recht des ersuchten Staates strafbar ist.

Zu Artikel 27

Die Bestimmung entspricht der Regelung des Artikels 6 des Europäischen Übereinkommens über die

Rechtshilfe in Strafsachen. Sie regelt das Verfahren in Anlehnung an die Bestimmungen über die Herausgabe von Gegenständen im Zusammenhang mit einer Auslieferung.

Zu Artikel 28

Die Form der Zustellung einer Urkunde ist besonders geregelt worden, um darzulegen, daß für die Rechtswirksamkeit einer Zustellung im Ausland nicht das Recht des ersuchenden Staates maßgebend ist, sondern in erster Linie das Recht des ersuchten Staates. Daher kann im Einzelfall auch eine formlose Zustellung genügen. Nur wenn der ersuchende Staat es ausdrücklich verlangt, wird die Zustellung in einer bestimmten Form vorgenommen, sofern diese mit den Rechtsvorschriften des ersuchten Staates vereinbar ist.

Es steht dem ersuchten Staat frei, die Zustellung durch eine vom Empfänger unterschriebene Bestätigung nachzuweisen oder selbst eine Erklärung abzugeben, ob, wann und in welcher Form die Zustellung bewirkt worden ist. Kann die Urkunde nicht dem Ersuchen gemäß zugestellt werden, so ist der ersuchte Staat verpflichtet, die Gründe hierfür anzugeben.

Die Vorschrift entspricht im wesentlichen dem Artikel 7 des Europäischen Rechtshilfeübereinkommens.

Zu Artikel 29

Kein Zeuge ist verpflichtet, einer Vorladung vor ein ausländisches Gericht Folge zu leisten. Daher sollen Vorladungen, die an einen im Ausland wohnhaften Zeugen gerichtet sind, grundsätzlich keine Zwangsandrohungen enthalten. Sollte in einer Ladung gleichwohl ein Zwang angedroht sein, hat der ersuchende Staat kein Recht, einen Zeugen zu bestrafen, der der Ladung nicht gefolgt ist, sich aber später in das Gebiet des ersuchenden Staates begibt. Erhält er dann dort eine Vorladung, so ist er allen Zwangsmaßnahmen unterworfen, die das Recht des Aufenthaltsstaates vorsieht.

Die Vorschrift entspricht der Regelung des Artikels 8 des Europäischen Rechtshilfeübereinkommens.

Zu Artikel 30

Die vor einer ausländischen Justizbehörde erscheinenden Zeugen und Sachverständigen haben Anspruch auf Gebühren zumindest in Höhe der Gebühren, die in den einschlägigen Vorschriften des ersuchenden Staates für inländische Zeugen und Sachverständige vorgesehen sind.

Die Einzelheiten der Entschädigung sind mit dem Ersuchen bekanntzugeben. Auf Wunsch des Zeugen oder Sachverständigen hat der ersuchende Staat durch seine Konsularbehörden einen Vorschuß zu zahlen.

Zu Artikel 31

Die Überstellung verhafteter Personen als Zeugen ist wie in Artikel 11 des Europäischen Rechtshilfeübereinkommens geregelt worden. Die Überstellung wird nur abgelehnt, wenn der Häftling nicht zustimmt, wenn seine Anwesenheit für ein im Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates anhängiges Strafverfahren notwendig ist, wenn die Überstellung geeignet ist, seine Haft zu verlängern, oder wenn andere zwingende Gründe seiner Überstellung in das Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates entgegenstehen. Welche Gründe hierbei in Betracht kommen, richtet sich ausschließlich nach der Auffassung des ersuchten Staates. Die aufgezählten Gründe sollen nur Beispiele darstellen. In diesem Zusammenhang wird für selbstverständlich gehalten, daß der Häftling unverzüglich nach seiner Vernehmung rücküberstellt wird.

Um zu ermöglichen, einen als Zeugen benötigten Häftling des ersuchten Staates in Haft zu halten, ist in Absatz 2 ein gesetzlicher Haftgrund für derartige Fälle vorgesehen worden. Da die Regelung sachlich mit der ständigen Vertragspraxis übereinstimmt, braucht das Grundrecht der persönlichen Freiheit nicht gemäß Artikel 19 Abs. 1 Satz 2 ausdrücklich als eingeschränkt bezeichnet zu werden. Eine weitergehende Regelung hinsichtlich des Haftgrundes und der Haftdauer ist nicht erforderlich, weil der als Zeuge überstellte Häftling für den ersuchten Staat in Haft gehalten wird. Wird der im ersuchten Staat erlassene Haftbefehl aufgehoben, so muß der Zeuge sofort freigelassen werden, da der Haftbefehl nach Absatz 2 den ausländischen Haftbefehl zur Voraussetzung hat.

Für den Erlaß des Haftbefehls gelten — abgesehen von dieser besonderen Vorschrift über den Haftgrund — die einschlägigen Vorschriften der Strafprozeßordnung. Die für die Regelung der innerstaatlichen Zuständigkeit erforderliche Ergänzungsvorschrift ist in Artikel 2 des Vertragsgesetzes enthalten.

Zu Artikel 32

Die von den Justizbehörden des ersuchenden Staates erscheinenden Zeugen und Sachverständigen genießen freies Geleit. Sie dürfen nicht aus Gründen, die vor ihrem Verlassen des Hoheitsgebietes des ersuchten Staates entstanden sind, einer Beeinträchtigung ihrer persönlichen Freiheit unterworfen werden. Dieser Schutz steht ihnen auch dann zu, wenn die Ladung auf vertragswidrigem Wege übermittelt worden ist.

Die Vorschrift des Absatzes 2 soll aus kriminalpolitischen Gründen den Justizbehörden das Recht geben, auch im Hoheitsgebiet des ersuchten Staates befindliche Beschuldigte in jedem Stadium des Verfahrens vorzuladen. Diese Regelung kann im Einzelfall auch im Interesse eines Beschuldigten liegen, der durch sie die Gewißheit erhält, nur wegen der in der Ladungsurkunde aufgeführten Taten strafrechtlich belangt zu werden.

Der Beschuldigte ist in seiner Entscheidung, ob er der Ladung Folge leisten soll, unbedingt frei. Erscheint er, dann muß er alle Folgen wegen der in der Ladung aufgeführten Straftat auf sich nehmen.

Der Schutz der Absätze 1 und 2 endet nach 30 Tagen.

Diese Vorschrift entspricht Artikel 12 des Europäischen Rechtshilfeübereinkommens.

Zu Artikel 33

Absatz 1 regelt die Erteilung von Auskünften aus dem Strafregister für Zwecke eines Strafverfahrens. Es ist dabei nicht erforderlich, daß ein Strafverfahren bereits gerichtshängig ist. Auskünfte werden den Justizbehörden des ersuchenden Staates wie eigenen Justizbehörden erteilt.

In Absatz 2 wird die Erteilung von Auskünften aus dem Strafregister für nicht strafrechtliche Zwecke geregelt. Obwohl diese Vorschrift von der Überschrift dieses Vertrages an sich nicht gedeckt wird, schien ihre Einfügung doch geboten, weil andernfalls eine Lücke geblieben wäre. Diese Auskunftsverpflichtung ist im übrigen eingeschränkt. So richtet sich die Zulässigkeit der Auskunftserteilung nach dem innerstaatlichen Recht des ersuchten Staates. Bei derartigen Ersuchen ist der Zweck genauestens anzugeben.

Diese Vorschrift ist Artikel 13 des Europäischen Rechtshilfeübereinkommens ähnlich.

Zu Artikel 34

Artikel 34 bestimmt im einzelnen, welche Angaben in dem Rechtshilfeersuchen enthalten sein müssen. Wenn es auch nicht ausdrücklich gesagt worden ist, so erscheint es doch zweckmäßig, bei Ersuchen um Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen auch die Fragen anzugeben, die von den Zeugen oder Sachverständigen beantwortet werden sollen.

Die Vorschrift entspricht der Regelung des Artikels 14 des Europäischen Rechtshilfeübereinkommens.

Zu Artikel 35

Grundsätzlich ist der diplomatische Geschäftsweg einzuhalten. In strafrechtlichen Angelegenheiten, mit denen die Polizei befaßt ist und in denen nur polizeiliche Maßnahmen erforderlich sind, kann auch der Weg über die nationalen Interpolbüros gewählt werden. Auch sonst kann in dringenden Fällen dieser Weg benutzt werden.

Zu Artikel 36

Nach dieser Vorschrift sind die Vertragsstaaten verpflichtet, sich gegenseitig Mitteilung zu machen, wenn in ihrem Gebiet ein Angehöriger des Staates verhaftet wird. Welche Behörde zur Mitteilung der Verhaftung zuständig ist, richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht des Staates, in dem die Verhaftung vorgenommen worden ist. Die Mitteilung muß unverzüglich nach der Verhaftung geschehen.

Der Heimatstaat des Verhafteten ist von dem Ergebnis des gegen seinen Staatsangehörigen eingeleiteten Verfahrens zu unterrichten. Nur wenn der Heimatstaat es wünscht, erhält er auch eine Abschrift der abschließenden rechtskräftigen Entscheidung.

Die Verpflichtung nach Absatz 2 entfällt, wenn einer der Ausnahmegründe des Artikels 23 vorliegt.

Zu Artikel 37

Mit dieser Vorschrift wird eine Frage geregelt, die nicht in den herkömmlichen Bereich der Rechtshilfe gehört, die aber im internationalen Rechtsverkehr immer größere Bedeutung gewinnt.

Der ersuchte Staat übernimmt nicht die Verpflichtung, ein Strafverfahren durchzuführen, sondern nur die Verpflichtung, die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Strafverfolgung überprüfen zu lassen.

Die ersuchende Behörde ist nicht verpflichtet, schon von sich aus eine Prüfung vorzunehmen, ob die Tat nach dem Recht des ersuchten Staates strafbar und verfolgbar ist.

Diese Vorschrift erstreckt sich auf alle strafbaren Handlungen einschließlich der Übertretungen.

Um die bei in der Rechtsprechung aufgetauchten Bedenken gegen die Verfolgung einer im Ausland begangenen Verkehrsübertretung auszuräumen, ist in Absatz 3 in Anlehnung an Artikel 2 Abs. 2 des Europäischen Übereinkommens über die Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen Straßenverkehrsvorschriften vom 30. November 1964 ausdrücklich gesagt worden, daß in diesen Fällen grundsätzlich das Recht des ersuchten Staates anwendbar ist. Soweit es sich jedoch um die Verkehrsvorschriften handelt, sind die am Begehungsort geltenden Bestimmungen maßgebend.

Zu Artikel 38

Diese Vorschrift ist wörtlich aus Artikel 22 Satz 1 und 2 des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 übernommen worden.

Zu Artikel 39

Diese Vorschrift sowie das Schlußprotokoll stellen eine Ergänzung des Artikels 22 dieses Vertrages dar.

Zu Teil III Schlußbestimmungen

Zu Artikel 40

Die Ersuchen selbst können in der Sprache des ersuchenden Staates abgefaßt sein, jedoch müssen Übersetzungen des Ersuchens und der beigefügten Unterlagen in die französische Sprache beigefügt werden. Die Zulassung der französischen Sprache wird der Vereinfachung dienen, weil die Behörden beider Vertragsparteien sehr wohl über Übersetzer für die französische Sprache, seltener über Übersetzer für die deutsche oder arabische Sprache verfügen dürften.

Zu Artikel 41

Zur Erleichterung und Beschleunigung des Auslieferungs- und Rechtshilfeverkehrs ist auf jede Form der Beglaubigung verzichtet worden.

Zu Artikel 42

In Übereinstimmung mit dem im vertraglich geregelten zwischenstaatlichen Rechtshilfeverkehr übli-

chen Kostenverzicht wird auch im deutsch-tunesischen Rechtshilfeverkehr auf Erstattung der dem ersuchten Staat erwachsenen Kosten verzichtet, wobei die aufgezählten Ausnahmen ebenfalls der internationalen Üblichkeit entsprechen.

Zu Artikel 43

Die Begriffsbestimmung „Maßregeln der Sicherung und Besserung" entspricht wörtlich der Begriffsbestimmung in Artikel 25 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens.

Zu Artikel 44

Diese Vorschrift enthält die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 45

Dieser Vertrag muß sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in der Tunesischen Republik ratifiziert werden. In der Bundesrepublik Deutschland bedarf der Vertrag der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften, weil er das Deutsche Auslieferungsgesetz ergänzende und abändernde Vorschriften enthält.

Anlage 2

Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Änderungsvorschlag des Bundesrates

Die Bundesregierung vermag der Auffassung des Bundesrates, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf, nicht zu folgen. Die vom Bundesrat angeführten Vorschriften des Vertrages können, selbst wenn man sie als eine Regelung des Verwaltungsverfahrens der für die Ausführung des Vertrages zuständigen Landesbehörden ansieht, die Zustimmungsbedürftigkeit schon deswegen nicht begründen, weil der Vertrag von den Ländern nicht als eigene Angelegenheit ausgeführt wird (vgl. Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes). Die Länder nehmen insoweit Befugnisse des Bundes wahr. Bei dem Ersuchen an einen fremden Staat um Rechtshilfe und bei der Entscheidung über ein ausländisches Rechtshilfeersuchen handelt es sich um ein Teilgebiet der Pflege der auswärtigen Beziehungen im Sinne des Artikels 32 Abs. 1 des Grundgesetzes. Es ist also nach der verfassungsmäßigen Regelung der Zuständigkeitsfrage ausschließlich Sache des Bundes, in Rechtshilfeangelegenheiten mit auswärtigen Staaten zu verkehren.

Diese Auffassung liegt auch der Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Landesregierungen über die Zuständigkeit im Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland in Strafsachen vom 20. Februar 1952 (Bundesanzeiger Nr. 78 vom 23. April 1952) zugrunde. Die dem Bunde verfassungsmäßig zugewiesene Zuständigkeit kann der Substanz nach weder durch ein innerstaatliches Gesetz noch durch einen völkerrechtlichen Vertrag den Ländern überwiesen werden. Eine zwischenstaatliche Vereinbarung, in welcher die Länder insoweit als zuständig bezeichnet würden, wäre verfassungswidrig. Die vom Bundesrat genannten Vorschriften des Vertrages gehen von dem durch die obengenannte Zuständigkeitvereinbarung geschaffenen Zustand aus, nach dem die Befugnisse der Bundesregierung zur Entscheidung über Ersuchen ausländischer Regierungen u. a. in Angelegenheiten der kleinen Rechtshilfe den Ländern zur Ausübung übertragen sind. Soweit der Vertrag Landesbehörden in ihre Regelung einbezieht, begründet er deshalb keine Zuständigkeit der Landesbehörden; er besagt vielmehr nur deklaratorisch, was ohnedies kraft der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern innerstaatlich rechtens ist. Insofern hat der Vertrag also nur die Bedeutung eines Hinweises auf die tatsächlich bestehende Zuständigkeitsverteilung zur Klarstellung für den Vertragspartner.

Bo 812111 7.68